

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Einzelhefte in die Postanstalt Nr. 6462.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalte Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Bren. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

Regieren die Kapitalisten?

Wir wissen, daß die Kapitalisten heute keiner Regierung Geld geben ohne die Zusicherung, die Sozialfürsorge abzubauen. Hat doch der Arbeitsminister Stegerwald im Herbst des Jahres 1930 gelegentlich der Schlichtung beim Berliner Metallarbeiterstreik erklärt, der Schlichtungspruch (mit dem Lohnabbau) müsse erfolgen, da sonst der für das Reich sehr bedeutsame ABERBRÜCKUNGSKREDIT scheitern würde. Aus England ist in letzter Zeit bekanntgeworden, daß die Finanzkapitalisten gegen die Vergabe von Geld von der englischen Regierung den Abbau der Sozialversicherung erpreßt haben. Diese Praxis der Kapitalisten ist eine internationale Erscheinung. Und trotz der Tatsache, daß besonders in letzter Zeit unsere

so klingt es aus jeder Zeile, denn wie ihr gesehen habt bei der Nordwolle und Fällen ähnlicher Art, geht es uns am schlechtesten unter allen Bevölkerungsschichten.

Das alles ist zweifellos Mittel zum Zweck. Die Unternehmer wollen durch ihr Geschrei die Regierung für sich mürbe und gegen die Notrufe der Arbeitnehmerschaft hart machen. Es besteht kein Zweifel, daß die Unternehmer ungemein über-treiben. Interessant ist hierbei, daß

die Unternehmer zur Selbsthilfe mahnen, aber zu gleicher Zeit in hundert Fällen nach der Hilfe der Regierung schreien.

Die Tatsache steht nun leider fest, daß den Stärkeren (das ist gegenwärtig das Unternehmertum) in der Regel Hilfe zuteil wird, während der Schwächere noch mehr belastet wird. Fortgesetzt nimmt man der Arbeitnehmerschaft, um seine wirtschaftlichen Antipoden zu befriedigen. Es ist wie mit der Mutter und ihren beiden Zwillingen: der robuste Bengel, der am meisten schreit, erhält die Milchflasche, während der andere, der beschiedene, den leeren Gummilutscher bekommt.

Die Forderung der Arbeiterschaft kostet nicht entfernt so viel, wie die maßlosen und ungerechtfertigten Forderungen der Unternehmer und Kapitalisten kosten. Außerdem sind die Forderungen der Arbeiterschaft durch ihre Notwendigkeit begründet, was man von den Unternehmerforderungen nicht behaupten kann. Die Arbeitnehmerschaft will leben, die Kapitalisten wollen mehr als das. Seither richtete sich die Stärke der Regierung allzusehr gegen die Arbeitnehmerschaft, möge sie jetzt einmal umschalten und

aufhören mit dem Lohnabbau, aber die 40-Stunden-Woche mit Einstellungsspflicht notverordnen.

Oder soll wirklich der Tag abgewartet werden, an dem auch eine dieser Forderung entsprechende Notverordnung nichts mehr nützt? Oder sind die Widerstände so groß, daß die Regierung diesen Schritt nicht wagen kann? Dann soll sie es offen sagen, um sich selbst zu entlasten. Jedenfalls sind bis heute die Worte der Regierung vom Preisabbau wirklich Worte geblieben.

Der Lohnabbau ist immer noch im Gange, vom Preisabbau hört und sieht man nichts.

Wo ist die Grenze des Lohnabbaues? Wo ist der Anfang des Preisabbaues. Lohnabbau ohne Preisabbau, das ist Zerstörung der Wirtschaft.

Industrie- und Finanzkapitalisten viel Kapital verliert haben

und trotzdem die Reichsregierung wiederholt Gelder der Steuerzahler aufwenden mußte, um das völlige Chaos auf dem Geldmarkt zu verhüten, ist der Einfluß der Kapitalisten in der Frage des Abbaues der Sozialversicherung, ihr Einfluß auf die Reichsregierung und insbesondere auch auf das Reichsarbeitsministerium sehr groß. Die wiederholten Aussprüche Stegerwalds: „Die Arbeiter und Angestellten haben bereits die größten Opfer gebracht“ oder

„Schlichtungsprache mit Lohnkürzungen können seitens des Reichsarbeitsministeriums nicht mehr für verbindlich erklärt werden“

sind anscheinend völlig vergessen. Der amtliche Lohnabbau geht lustig weiter, als sollte der Arbeitnehmerschaft allmählich nicht nur das Essen abgewöhnt, sondern überhaupt die ganze Kultur abgebaut werden. Nebenbei sorgt Schiele für hohe Preise durch ungeheuerliche Zölle und sonstige Vergünstigungen an seine Großbauern. Außerdem haben die Spitzenverbände der Unternehmer aller Art neue Forderungen angemeldet: Senkung der Steuern, Befreiung des bebauten Grundbesitzes von der Hauszinssteuer, „Anpassung“ der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse, „Reform“ des Tarif- und Schlichtungswesens, „Anpassung“ der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung an die „wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes“ usw.

Helft uns Unternehmern!

Die gewerkschaftliche Einheitsfront. Gegen das Kasardspiel der Unternehmer.

Die Spitzenverbände der drei gewerkschaftlichen Richtungen veröffentlichen folgende, in ihrer fachlichen Schärfe und in ihrem positiven Programm bemerkenswerte Kundgebung:

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen

dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in stärkster Weise öffentliche Hilfe verlangen und in Anspruch genommen haben.

Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weicher Wirtschaftskräfte und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen.

Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnot der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot in

den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems

in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überspannten Protektionismus, Subventionspolitik, aberrationalen Kapitalverleumdung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit 1 1/2 Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben.

Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not.

Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein.

Die krasse Interessentenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entlastung der Kräfte und zur Überwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemals wird die deutsche Arbeitnehmerschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganges die Abkehr von dem bisher beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.

2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.

3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.

4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.

5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.

6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Zehleutungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.

7. Rückständige Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsverrechnung und der Reparationen.

Berlin, den 1. Oktober 1931.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: P. Graßmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund: Aufhäuser.

Deutscher Gewerkschaftsbund: Oite, Hegewald, Eudenbach.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände.

Abermals Verurteilung eines Kommunisten wegen Verleumdung

Am 11. September d. J. hatte sich wieder ein Kommunist, der arbeitslose Arbeiter Otto Burwig, vor dem Amtsgericht Bad Freienwalde (Oder) zu verantworten wegen der gegen den Kollegen Bruns (Frankfurt a. M.), erhobenen unwahren Anschuldigungen, daß er im Aufsichtsrat des Chemietruffs sitze und neben seinem Gehalt 65 000 Mk. Lantime beziehe.

Das Urteil lautete wegen Verleumdung nach § 186 StrGB. in Tateinheit mit Verleumdung nach § 185 StrGB. auf 50 Mk. Geldstrafe — ersatzweise fünf Tage Gefängnis — und Tragung der Kosten des Verfahrens. Außerdem wurde dem Privatkläger die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils auf Kosten des Angeklagten im „Oberbarnimer Kreisblatt“ zu veröffentlichen.

Mit welcher Leichtfertigkeit derartige Leute vorgehen, beweist der Gang der Verhandlung. Nicht im entferntesten wurde auch nur scheinbar der Versuch unternommen, den Nachweis für die äußerst schwerwiegenden Beschuldigungen zu erbringen. Der Beklagte Burwig berief sich einzig und allein auf die in der „Roten Fahne“ erfolgte diesbezügliche Verleumdung.

Sichtlich der Äußerung „Die Führer der freien Gewerkschaften seien eine Streikbrechergarde“, versuchte sich B. mit der dummdreisten Behauptung herauszureden, der Kollege Bruns gehöre nicht zu den Führern der freien Gewerkschaften, er habe nur die im Hauptauschuß tätigen Personen — also die Kollegen des UGB, Berlin — gemeint. Insofern leugnete demzufolge der Angeklagte das Antragsrecht des Kollegen Bruns, mit welchem Ausflüchten er allerdings beim Gericht keinen Glauben fand. Das Gericht sagt vielmehr mit Recht:

... der Angeklagte bringt mit diesem Ausdruck seine besondere Mißachtung den Führern der freien Gewerkschaften und damit auch dem Privatkläger gegenüber zum Ausdruck.

Ein Rechtfertigungsgrund für die Verleumdungen steht dem Angeklagten hier ebensowenig zur Seite. Der Angeklagte hat auch diese Äußerung mit Wissen und Willen gemacht; ... das ergibt die ganze Fassung des Flugblattes.

Im übrigen ist die Strafe in erster Linie deshalb nicht höher ausgefallen, weil die Mittellofigkeit (um so ungestraffter glaubt B. allerdings gewissenlos verleumden zu können) sowie Familienverhältnisse berücksichtigt wurden.

Demgegenüber stellte das Gericht aber ausdrücklich fest, daß es sich um eine „leichtfertige Verbreitung ehrverletzender Tatsachen“ (gemeint sind hierunter die in der „Roten Fahne“ verbreiteten unwahren Behauptungen) handelt.

Es hieße das Anstandsgefühl der kommunistischen Presse überschätzen, wenn wir annehmen würden, daß dadurch dieser Schwindel nunmehr endgültig erledigt wäre.

Neze eines Gutverforgten gegen die Arbeitslosen.

Unter der Überschrift „Arbeitslosenversicherung?“ veröffentlichte die „Tonindustrie-Zeitung“ in Nr. 71/1931 einen mit B. unterzeichneten Artikel. Die Schriftleitung erklärt in einer kurzen Vorbemerkung, dem Einsender in vielen Punkten recht geben zu müssen. Was wir nachstehend dem Herrn B. zu sagen haben, gilt gleichzeitig der Schriftleitung der „Tonindustrie-Zeitung“.

Dem anonymen Artikelschreiber in der genannten Zeitschrift paßt die ganze Arbeitslosenversicherung nicht. Die Unterstützung soll nur nach Bedürftigkeit gewährt werden. Die Arbeitsämter sollen verschwinden, und die Verteilung soll den Gemeinden bzw. Wohlfahrtsämtern übertragen werden. Beiträge sollen erhoben, die Unterstützung müsse jedoch individuell verteilt werden.

Also Beitragspflicht für die Arbeiter ohne Rechtsanspruch, ohne zu wissen, ob und wieviel Arbeitslosenunterstützung einmal gezahlt wird. Vom Standpunkt der Unternehmer ein sozialpolitisches Ideal, das sich ihrem politischen ansatz und auf die Formel gebracht werden kann: Zahlen und Maul halten.

Aber Herr B. hat auch Gründe. Die von ihm angeführten Beispiele wollen wir uns der Reihe nach einmal anschauen.

1. Beispiel: Ein Arbeiter wollte die ihm vom A. angebotene Arbeit deswegen nicht annehmen, weil er nach 26 Arbeitswochen ein Recht zum Stempeln habe.

Frage: Welcher Ort bzw. welches Arbeitsamt kommt in Frage? Wann hat sich der Vorgang abgespielt? Nachforschungen sind bei solch allgemeinem gehaltenen Vorwürfen natürlich nicht möglich. Aber selbst angenommen, daß es einen solchen Arbeiter gegeben hat, soll damit die gesamte Arbeiterschaft als arbeitslos hingestellt werden? Der Artikelschreiber will das scheinbar selbst nicht, denn er schreibt, „man sieht aus dem Einzelfall, daß falsche Auffassungen bestehen“. Also Einzelfall — und trotzdem ist dieser angebliche Vorfall gut genug, um in einem Artikel gegen die Arbeitslosenversicherung Verwendung zu finden.

2. Beispiel: Der Verfasser schreibt, daß er im letzten Spätsommer sich alle Mühe gegeben habe, nach kurzem, wegen Brand-schadens verursachtem Stillstand mit seinem Pressebetrieb wieder in Gang zu kommen. Das sei ihm aber nicht möglich gewesen, weil die vom Arbeitsamt vermittelten Arbeiter unter irgendwelchen Vorwänden nach ein, zwei, höchstens drei Tagen wieder aufhörten. Schlußfolgerung für den Artikelschreiber: die Arbeiter suchen nach Möglichkeiten, um Stempeln gehen zu können.

Frage: Um welche Siegel handelt es sich und zu welcher Zeit haben sich diese Vorgänge abgespielt? Um An beziehen zu können, sind doch im Wesentlichen außer der notwendigen

ein Arbeiter z. B. ohne wichtigen oder berechtigten Grund die Arbeit aufgibt, dann muß er mindestens 8 Wochen Sperrfrist durchmachen, in welcher Zeit er überhaupt keine (siehe Paragraphen 90 bis 90b) Aua erhält. Wenn also in diesem Falle die Arbeiter die Arbeit nach 1 bis 3 Tagen wieder aufgeben und dann trotzdem Aua erhalten, dann lag zweifellos einer der vom Gesetzgeber anerkannten berechtigten Gründe vor. Als solche sind aber vor allem anerkannt, wenn

1. kein Tariflohn gezahlt wird;
2. dem Arbeitslosen die Arbeit mit Rücksicht auf seinen körperlichen Zustand oder sein späteres Fortkommen nicht zugemutet werden kann;
3. die Arbeitsstelle wegen Streiks oder Aussperrung frei geworden ist;
4. gesundheitlich oder sittlich bedenkliche Unterkunft besteht oder
5. infolge der Arbeit ein neuer Wohnort genommen werden muß und demzufolge die Versorgung der zulagsberechtigten Angehörigen nicht hinreichend gesichert ist.

Welche dieser Gründe mögen vorgelegen haben, um die armen Leute von Arbeitslosen zu veranlassen, schon nach 1 bis 3 Tagen auf die vollen Suppenscheffel bei Herrn W. zu verzichten und lieber wieder das trockene Brot der Arbeitslosen zu essen?

3. Beispiel: Der Aktienschreiber hält es für falsch, daß derjenige Arbeiter, der einen hohen Lohn verdient, eine höhere Arbeitslosen-Unterstützung erhält als derjenige mit niedrigerem Lohn. Herr W. meint, der Arbeiter mit hohem Lohn kann sich für die Zeit der Arbeitslosigkeit wohl etwas zurücklegen. Wie unsozial die Arbeitslosenversicherung deshalb wirkt, dafür führt W. ebenfalls ein Beispiel an.

Ein 19jähriger Mann aus einem mecklenburgischen Dorfe arbeitete in Hamburg. Nach seiner Entlassung kehrte er ins heimliche Dorf zurück und bezog hier als lediger Mann wöchentlich 24 Mk. Aua, mehr als irgendein verheirateter Arbeiter im Dorfe an Lohn verdiente. Der Vater des jungen Manners hat zwei Pferde, sechs Kühe usw.

Frage: Haben Sie, Herr W., jemals etwas von den Paragraphen 107a und 107c des UWG gehört? Wenn ja, dann müssen Sie wissen, daß Maurer unter die berufstätigen Arbeitslosen fallen und deshalb gekürzte Aua erhalten (§ 107a). Wenn ein Arbeitsloser aber in den letzten 26 Wochen mindestens 13 Wochen in einem anderen Orte gearbeitet hat als in dem, in dem er Unterstützung beantragt, so darf die Unterstützung nicht höher sein, als sie nach den Lohnverhältnissen des Unterstützungsortes wäre (§ 107c). Weiter muß Ihnen, werter Volksgenosse, bekannt sein, daß bei Jugendlichen unter 21 Jahren die Bedürftigkeit geprüft wird, wenn sie Aua beantragen. Ferner hat es für einen Hauptunterstützungsempfänger noch nie 24 Mk. Aua gegeben. Der Satz in der Klasse XI (das ist die höchste Klasse) betrug — ohne Familienzuschlag — 22,05 Mk.; für Gaiju (§ 107a) 15,75 Mk.; vom 1. Juli 1931 an 18,90 Mk.; für Gaiju 11,55 Mk.

Solange Sie, Herr W., nicht mit den Namen des mecklenburgischen Dorfes, des zuständigen Arbeitsamtes und des 19jährigen Manners zwecks Nachprüfung dienen, so lange müssen wir Sie als sozialreaktionären Märchenerzähler bezeichnen. Schö.

Jubiläumskongress der Internationalen Föderation der Keramarbeiter.

In Limoges, der Porzellanstadt Frankreichs, wurde im Jahre 1906 der erste Kongress der Internationalen Föderation der Keramarbeiter abgehalten. Das war der Anlaß, nun nach 25 Jahren den fälligen Kongress wieder dort stattfinden zu lassen. Er tagte vom 10. bis 12. September im Rathausaal von Limoges. Diese Stadt wird von einer sozialistischen Mehrheit verwaltet.

Der erste Tag diente zur Eröffnung der beiden anwesenden Mitbegründer der Föderation, der Kameraden Jacques Lilet (Frankreich) und Georg Wolmann (Deutschland), zum Besuch des Keramischen Museums und der Porzellanfabrik Legrand & Cie. Neben den Jubilaren war der internationale Sekretär Enischo ApeI anwesend. Vertreten waren die Länder Dänemark, Deutschland, England, Frankreich und die Tschechoslowakei, der französische Gewerkschaftsbund durch Bouillon, der Ortsauschuß der Gewerkschaften, die Stadtverwaltung und die sozialdemokratische Zeitung des Gebietes. Die Vertreter der Stadt und der Zeitung waren ehemalige Porzellanmaler, die vor 25 Jahren auch an den Veranstaltungen beim ersten Kongress teilgenommen hatten. Die Feier war eine internationale Verbrüderungsaktion, verbunden mit herzlichen Ansprachen, Ehrungen und Dankesbezeugungen.

Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden an den beiden darauffolgenden Tagen erledigt.

Der internationale Sekretär ergänzte seinen ausführlichen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit rühmlich. Er erklärte, daß er sich bemüht habe, auch die Keramarbeiter Polens, Straßens, Romagens, Schwedens, Belgiens, Österreichs und der Schweiz für den Anschluß an die Föderation zu gewinnen, er habe jedoch nur bei Österreich Erfolg gehabt, das mit 3000 Mitgliedern sich angeschlossen. Die Internationalen der Keramarbeiter, der Steinarbeiter und der Bergarbeiter stellen im Mai d. J. gemeinsam einen Antrag an das Internationale Arbeitsamt, die Stinkose (Staubinhalationsgefahr) in die Liste der Berufskrankheiten aufzunehmen. Die 15. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf nahm daraufhin auch den Antrag an, den Verwaltungsrat beim Internationalen Arbeitsamt zu ersuchen, die Frage der Abfassung einer erweiterten Liste der Berufskrankheiten einschließlich hauptsächlich der Stinkose, falls tatsächlich, auf die Tagesordnung einer der nächsten Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1932 zu setzen. An das Internationale Arbeitsamt wurde ferner eine Eingabe wegen des Tragens von zu schweren Latten durch Frauen gemacht.

Die umfangreiche Tätigkeit des internationalen Sekretärs wurde lobend anerkannt. Nur Holland machte eine Ausnahme. Es warf dem internationalen Sekretär vor, er habe in der Verschmelzungsfrage nichts getan und die diesbezüglichen Beschlüsse nicht durchgeführt. ApeI konnte jedoch an Hand des gepflegten Schriftverkehrs nachweisen — und die anwesenden Ländervertreter bestätigten dies —, daß er doch keine Mühe erspart und auch die Beschlüsse durchgeführt hat. Die Angriffe Hollands und ein Telegramm der gleichfalls in Paris tagenden Erfindere der Glasarbeiterinternationalen führten zu einer längeren Verschmelzungsdebatte. Dabei ist zu beachten, daß die holländischen Vertreter überzeugen, daß ihre Partei unbedingtes Recht hat. Sie nahmen auch den größten Teil wieder zurück. In der Verschmelzungsfrage konnte der Kongress zu keiner Entscheidung kommen, da die meisten Länder einer Verschmelzung keine Interesse abgewinnen können. Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht und auch der inzwischen eingeführten Glasarbeiterverschmelzung übermüdet, daß der Kongress sich trotz längerer Aussprache außerstande sieht, sich eingehend mit der Verschmelzungsfrage zu befassen. Es sei ihm nicht möglich, anschließend an die Tagung Verschmelzungsverhandlungen mit der Glasarbeiterinternationalen zu führen. Diese wird erreicht, eine Verschmelzungsentwurf mit Erläuterungen und Begründungen anzuschicken und zu übermitteln, damit die Landesorganisationen der Keramarbeiterinternationalen dazu Stellung nehmen können. Nach den Beschlüssen von Kopenhagen und Paris wird auch mit der Föderation der internationalen in Verbindung getreten werden.

Bei der Debatte über den Tätigkeitsbericht wurde auch gewünscht, daß der internationale Sekretär versuchen soll, über die japanische Keramindustrie Berichte zu erhalten. Auch soll nachmals versucht werden, über England die nordamerikanischen Porzellanarbeitergewerkschaft für die Keramarbeiterinternationalen zu gewinnen.

Dem internationalen Sekretär wurde Entlassung erteilt. Sperre wurde einstimmig in die Föderation aufgenommen.

Die schriftlich vorliegenden Länderberichte enthielten ein trostloses Bild von der Lage der Keramindustrie in den meisten Ländern, selbst Frankreich hat unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu leiden. Die Ausführungen aller vertretenen Länder sind katastrophal zurückgegangen. Auch in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen traten Verschlechterungen ein. Die Länderberichte sollen zum Jahres-schluß noch schriftlich ergänzt und gegenseitig ausgetauscht werden. Kamerad Mar Elzner hielt noch einen anfeuernden Vortrag über „Die deutsche Gruppe Grobkeramik auf der Bauausstellung in Berlin 1931“. Der vom Ausstellungsstand der Gruppe Grobkeramik angefertigte Katalog mit Bildern und Text wurde den Delegierten ausgehändigt.

Der letzte Tagesordnungspunkt „Gesellschaftliche und tarifvertragliche Bestimmungen über den Gesundheitsschutz der Keramarbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Staubinhalationsgefahr, der Dfenhige und der Erkrankungen durch Einwirkung von Blei und Zerpentin“ konnte leider nicht ausführlich behandelt werden. Es lag jedoch dazu ein Entwurf über eine internationale Übersicht der gesundheitlichen Arbeitsschutzbestimmungen in der Keramindustrie verschiedener Länder unter besonderer Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes und der Entschädigung von Berufskrankheiten vor, der noch ergänzt wird und der ein einheitliches Vorgehen der Internationalen Föderation der Keramarbeiter in allen Arbeiterschutzfragen gewährleisten soll. Gerade mit diesem Problem werden sich noch weitere Kongresse befassen müssen.

Nach der Wahl des nächsten Kongressortes — auf Einladung der englischen Kameraden wurde Hanley bestimmt — wurde der Kongress geschlossen.

Frauenfragen.

Arbeiterinnen, wehrt euch!

Wegen Arbeitszeitüberschreitung und Nichtbeachtung der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung hatte sich auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Frau Löhninger Konfektionsfabrik A. Bach in Köstchenbroda vor dem Amtsgericht Köstchenbroda zu verantworten.

Die Verhandlung dabeist gab ein recht anschauliches Bild, wie die Firma die Behebung der Arbeitslosigkeit und den Schutz der Arbeiterinnen aufsaßt.

Kapitalistische Anarchie.

... Überall wachsende Anarchie des Kapitalismus, der selbst tagtäglich den Massen die Lasten seiner Unvernunft in die Gehirne hämmern möchte. Was hat z. B. den Arbeitern die Rationalisierung gebracht? Unbedingt ist ihr Ergebnis: mit derselben Arbeit mehr oder mit weniger Arbeit ebensoviel oder sogar ebenfalls mehr zu produzieren. Wo bleibt die Anwirkung der Ratio, auf deutsch Vernunft, für die Arbeiter? Organisation der Masse zum Kampf gegen die Unvernunft kann allein die Reaktion auf den Widerstand der kapitalistischen Produktionsweise sein. Erstens ist ja die Geschichte der menschlichen Tat eine Geschichte der Unvernunft in Staat und Gesellschaft....

Mar Hebdemann (in „Unser Weg“, Nr. 5, 1930).

Die wiederholten Hinweise der Berufsorganisation der Arbeiterinnen auf Einhaltung der Verträge sowie des Gewerbeaufsichtsamtes auf Einhaltung gesetzlicher Arbeitszeit haben die Firma bisher unberührt.

Bei einer Revision durch die Behörde wurde festgestellt, daß bis zu 14 1/2 stündige Arbeitszeit geleistet wurde und die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Abend- und Sonnabend-schluß und Pausen für Arbeiterinnen nicht eingehalten wurden, so daß bis in die späten Nachstunden gearbeitet wurde.

Die Verteidigung der Firma vor dem Richter hat darauf hinaus, daß Innehaltung der gesetzlichen Arbeitszeit infolge Eingangs der Rohware und der technischen Einrichtungen des Betriebes nicht möglich sei. Trotzdem das Gegenteil in den anderen Betrieben der Konfektionsindustrie feststeht, soll dies bei der Firma nicht möglich sein.

Kühn wurde behauptet, daß freiwillige Mehrarbeit vorliege und die Arbeiterinnen sehr gern diese Mehrarbeit leisteten, um ihren Verdienst zu heben. Schamhaft wurde aber verschwiegen, daß der Lohn der Arbeiterinnen 15 Pfennig unter den tariflich vereinbarten Löhnen liegt und Mehrarbeitszuschläge von 20 und 25 Prozent nicht gezahlt wurden. Überlange Arbeitszeit und niedriger Lohn scheinen auch bei dieser Firma Grundsaß zur Hebung der Wirtschaft zu sein.

Aber die Prosperität des Betriebes, das Einkommen der Inhaberin, wurde das alle Klageschild angeht, daß alles die Steuern anfreissen und nur für diese gearbeitet würde. Den Nachweis blieb sie schuldig.

Die Frage des Richters, wer die Anzeige erhoben habe (Wer hat an dieser Wirt. schafft ein Interesse? Die Red.), wurde mit Recht von der Gewerbeaufsichtsbeamtin unter Hinweis auf ihre Schweigepflicht nicht beantwortet.

Die Firma fand auf ihre Darstellung, trotzdem die als Zeugin vernommene Gewerbeaufsichtsbeamtin klaren Nachweis der Verletzung der Gesetze brachte, einen milden Richter, indem sie zu 40 Mk. Strafe verurteilt wurde, wobei bei der Begründung des Urteils lediglich die Überschreitung der Bestimmungen der Gewerbeordnung zur Bewertung kam, was bei dieser nachgewiesenen Überschreitung unverständlich bleibt.

Daß dieses Urteil abschreckend wirkt, muß stark bezweifelt werden. Trotzdem erschien der Firma auch diese Bestrafung als zu hart.

Zahlstellenleiterkonferenz für den Gau 13.

Die Konferenz tagte am 13. September 1931 in Frankfurt a. M. Zur Beratung standen:

1. Tätigkeitsbericht der Gauleitung.
2. Bericht vom 17. Verbandstag.
3. Wahl der Verbands-Beiratsmitglieder.
4. Vortrag des Kollegen Müller (Hannover).
5. Verschiedenes.

Zum Geschäftsbericht führte der Kollege Bruns etwa folgendes aus:

Wir haben seit dem letzten Berichtsjahr eine Abnahme von 1847 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Ursache dafür liegt nicht an einem Nachlassen unserer Mitarbeiter, sondern an den Betriebs-schließungen und an der Arbeitslosigkeit im allgemeinen. Der Maraschismus läßt erkennen, daß die Mitglieder mit ihren Beiträgen in die Höhe gegangen sind. Die Ausgaben für Erwerbslosenzuschüsse, aber auch für die Invalidentätterstützung sind gewaltig gestiegen. Wenn auch der Verband finanziell gesund ist, so mußte doch der Verbandstag vorübergehende Maßnahmen treffen und die Unterstützungsbeiträge senken, um nicht in den Wintermonaten evtl. eine rapide Unterstützungslenkung herbeiführen zu müssen. Die Krise hat in den Zahlstellenverwaltungen erhebliche Mehrarbeit gebracht. Die Lokalstellenbestände wurden stark angegriffen, bei sechs Zahlstellen ganz aufgebraucht. Die Kassen- und Buchführung ist zum größten Teil mangelhaft.

Wenn in letzter Zeit auch teilweise ein Lohnabbau von 5 bis 17 Prozent eingetreten ist, so kann doch von einem Mißerfolg der

Gewerkschaften nicht gesprochen werden. Die Kommunisten haben keine Veranlassung, zu sagen, wir seien die Lohnräuber. Der Lohnabbau wäre noch viel größer, wenn die Gewerkschaften nicht wären. Die Absicht der Unternehmer geht noch weiter. Sie wollen die Tarife ganz beseitigen; sie wollen befreit sein von den Tarif-fesseln und dann die Löhne nach eigenem Gutdünken festlegen. Die notwendige Abwehr erfordert die Zusammenfassung aller unserer Kräfte.

Kollege Mühl ergänzte den Geschäftsbericht über die keramische Industrie. Trotz der großen Schwierigkeiten setzen wir auch dort vorwärtsgekommen.

In der anschließenden Aussprache ergab sich die einstimmige Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Gauleitung.

Den Bericht vom Verbandstag gab der Kollege Behr (Worms).

Als Beiratsmitglieder werden die Kollegen Stahl (Darmstadt), Traher (Mainz) und Schneider (Kassel) gewählt. Kollege Bruns dankt dem Kollegen Bach, der nicht wiedergewählt wurde, für seine Mitarbeit.

Es sprach dann der Kollege Müller vom Hauptvorstand über das Thema: „Die Arbeiterkraft im Kampfe um die Existenz.“ Er führte ungefähr folgendes aus:

Wir befinden uns in einer Krise von einem Ausmaß, wie sie innerhalb der privatrechtlichen Wirtschaftsweise noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. Unwillkürlich muß man bei Betrachtung der gegenwärtigen Lage und dem Suchen nach dem Auswege an einen Ausspruch erinnern, den der amerikanische Bankindustrielle Morgan kurz nach Beendigung des unglückseligen Weltkrieges getan hat. Er sagte auf die Frage, wie er sich die Wiederherstellung des zerrissenen europäischen Wirtschaftsnetzes vorstelle, daß er wohl wisse, wie man aus einem Ei Küchlein mache, aber nicht, wie aus Küchlein ein Ei gemacht wird. Kollege Müller legte die Bedeutung dieser Worte dar. Bedeutende Wendungen haben sich in der Weltwirtschaft vollzogen. Amerika, das früher Schuldenland bei den europäischen Ländern war, ist heute Gläubigerland. Der Ausbau und Fortschritt der Technik während der Kriegszeit wie in Amerika war bei uns nicht möglich. Wir waren daher gezwungen, in einem kurzen Zeitraum eine Umwälzung in technischer Hinsicht geschehen zu lassen, wie sie noch nicht da war. Zwei hervorragende Merkmale sind im letzten Jahrzehnt für Deutschland zu verzeichnen: die Inflation und die Deflation. Innerhalb der letzteren befinden wir uns noch. Auf Grund von statistischen Unterlagen behandelt Kollege Müller die Entwicklung der Bevölkerung und die Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen, außerdem die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die Zusammenballung innerhalb der Industrien und Entstehung von Riesenbetrieben mit größter technischer Ausnutzung hat zum großen Teile zur starken Arbeitslosigkeit geführt. Die weitere Entwicklung der heutigen Wirtschaft kann kein Mensch übersehen. Es ist leider zu befürchten, daß die vorhandene Zahl der Erwerbslosen im kommenden Winter sich noch stark erhöht. Beim Bestehenbleiben der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung wird auch mit einem stärkeren ständigen Arbeitslosenheute zu rechnen sein. Die Angriffe gegen die Sozial-gesetzgebung gehen feil. Die Verhältnisse zwingen zu einem Ausgleich, der in der Sozialgesetzgebung liegt. Die Angriffe gegen die Lohnhöhe, die seit einem Jahr erfolglos, werden die gewünschte Erleichterung nicht bringen, sondern uns nur mehr in den Abgrund führen infolge der Schwächung der Kaufkraft. Das Vorgehen Stegerwalds steht mit seinen Reden absolut nicht im Einklang. Jeft folgen die Angriffe gegen das Tarifrecht. Wissenschaftler sind den Arbeitgebern hierbei behilflich. Gegen die beabsichtigte Tariflockerung mit einem Lohnspielraum und gegen Angriffe gegen das Tarifrecht wenden wir uns mit Entschiedenheit. Die Arbeitszeitverkürzung, die infolge der starken Mechanisierung und Rationalisierung unermesslich und notwendig ist, muß von uns weiter betrieben werden. Ohne jeglichen Lohnausgleich wird aber die Verkürzung der Arbeitszeit ihren Zweck verfehlen. In diesem schweren Existenzkampfe der Arbeiterkraft kann es nur als vermessen bezeichnet werden, daß innerhalb der Arbeiterkraft die extremen Strömungen von links und ganz rechts den Bruderwitz herbeiführen und dazu beitragen, die Forderungen der Arbeiterkraft in der Durchführung zu hindern. Einigkeit in unserem Vorgehen ist notwendig.

In der lebhaftesten Diskussion kam die allseitige Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten zum Ausdruck, gleichzeitig aber auch der feste Wille, trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten den Kampf zur Wahrung der Arbeiterinteressen weiterzuführen. Dazu ist allerdings Stärkung und Ausbau unserer Organisation erste Voraussetzung. Mit dem Ergebnis, alles dafür zu tun, wurde die Konferenz geschlossen.

Zahlstellenleiterkonferenz für den Gau 16.

Die Konferenz wurde am 12. und 13. September in der Handelsstadt Münster abgehalten. Erschienen waren 51 Delegierte der Zahlstellen und Gauleiter und Kollege Prall vom Hauptvorstand. Am 11. Uhr eröffnete der Gauleiter Kollege Heering die Konferenz und hieß die anwesenden Delegierten und Gäste herzlich willkommen. Kollege Müllmann, Vorsitzender der Zahlstelle Münster, begrüßte die Anwesenden im Namen der Zahlstelle. Ferner richtete der Vorsitzende des Ortsauschusses des UWG und der Vorsitzende der SPD, Begrüßungsworte an die Konferenzteilnehmer. Als Vorsitzende wurden gewählt die Kollegen Heering, Hoffmann und Müllmann, als Schriftführer die Kollegen Reuß, Fechner und Legt.

Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht der Gauleitung.
2. Die Bedeutung der Frau in der Industrie und die Notwendigkeit ihrer Organisation.
3. Funktionen des Geldes.
4. Unsere Jugendorganisation im Gau 16 und ihre Bedeutung.
5. Bericht vom Verbandstag.
6. Bericht vom Gewerkschaftskongress.
7. Anträge, Wahlen, Verschiedenes.

Bei Punkt 1 verweist Kollege Heering auf den schriftlichen Bericht, der den Zahlstellen zugesandt worden ist. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder, so führte der Redner aus, ist seit Januar 1930 bis Dezember 1930 von 18,8 auf 24,8 Prozent gestiegen. Die Zahl der Kurzarbeiter in der gleichen Zeit von 4,8 auf 9,9 Prozent. Bis zur Gegenwart hat sich dieser Prozentsatz gewaltig erhöht. Im Durchschnitt vertritt in unserem Gau nur noch 35-40 Prozent der Mitglieder Vollarbeit. Die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer konnten nicht ganz abgewehrt werden. Um der großen Arbeitslosigkeit etwas zu begegnen, wurden Verhandlungen geführt zur Verkürzung der Arbeitszeit. Leider leisteten die Unternehmer gleich festzulegen. Infolge Widerstandes der Unternehmer sind in den meisten Fällen die Verhandlungen gescheitert. In der Ralkindustrie machten die Arbeitgeber Schwierigkeiten, weil sie einen Lohnausgleich gänzlich ablehnten. Als sich die Arbeiterkraft bereit erklärte, ohne Lohnausgleich 40 Stunden zu arbeiten, und dies große Opfer auf sich nehmen wollte, um ihre erwerbslosen Kollegen wieder in Arbeit zu bringen, lehnten die Arbeitgeber trotzdem die Verkürzung der Arbeitszeit ab. Die Ziegelindustrie war in diesem Jahre nur mit 40 Prozent beschäftigt. Auf Grund dessen konnten die Hilfskräfte zur Betreuung der Ziegler nicht eingestellt werden. Im 1. Quartal 1930 wurden 115 798 und im 4. Quartal 118 678 Beitragsmarken verkauft. Es kann schon heute gesagt werden, daß im 1. und 2. Quartal 1931 die Höhe der verkauften Marken wegen der Wirtschaftskrise nicht erreicht worden ist. Bezüglich der Agitation hat die Gauleitung alle Zahlstellen tatkräftig unterstützt. Kollegen aus den Betrieben wurden in andere Zahlstellen zur Hausagitation geschickt. Zum Schluß ging der Redner auf die Gefahr der freien Gewerkschaften, die AOD und rechtsgerichtete Organisationen ein, die alles daran setzen, um die freien Gewerkschaften und somit die Arbeiterkraft zu schädigen.

Gesamter Kollege Hoffmann berichtet über die Glasindustrie. Er führte etwa folgendes aus: Im Gau 10 ist eine umfangreiche Glasindustrie. In keinem Industriezweig ist die Rationalisierung so durchgeführt wie in der Glasindustrie. Etwa 40 Prozent der Glasarbeiter sind arbeitslos und weitere Betriebsbedingungen stehen bevor. Wenn es heißt Lohnabbau, dann folgen hinter Nordwest direkt die Glasindustriellen. Heye (Düsseldorf) verlangte aufhetzerisch einen Lohnabbau von 10 Prozent. Diese Forderung wurde selbstverständlich von uns abgelehnt. Trotz der Abfahrschwierigkeiten hat der Halle-Konzern einen neuen Betrieb errichtet, welcher aber vom Syndikat aufgekauft wurde, weil es die Konkurrenz fürchtete. Wie die Glasindustriellen sich die Arbeitszeiterhöhung vorstellen, zeigt ein Fall bei Heye, wo die Sonntagsarbeit eingeführt wurde. Die Gewerbeaufsichtsbehörde hat ohne Rücksprache mit uns die Sonntagsarbeit genehmigt. Die Folge davon ist, daß alle Glasfabriken mit Vollautomatmaschinen die Sonntagsarbeit fordern. Hoffentlich gelingt es uns in absehbarer Zeit, die Sonntagsarbeit wieder zu beseitigen. Zu Punkt 2 erhielt Kollegin Hagemann (Gewerbeaufsichtsbeamtin in Krefeld) das Wort. Nach der letzten Betriebsstatistik sind 42 Prozent der Beschäftigten Arbeiterinnen. Leider bestehen in der Agitation zur Gewinnung der Frau allerlei Schwierigkeiten. Die Kolleginnen in den Betrieben müssen die Kolleginnen mehr aufklären. Kollegin gibt insbesondere auch über den Arbeiterinnenstreik wertvolle Fingerzeige. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegin Sadey, die Kollegen Heering, Kirberg und Reuß. Zu Punkt 3 der Tagesordnung erhielt Kollege Prall (Hannover) das Wort. In seinem sehr lehrreichen Vortrag behandelte er die Entfremdung und Funktion des Geldes. Die Anwesenenden folgten mit großem Interesse den Ausführungen des Referenten. (Es ist nicht möglich, das umfangreiche Referat an dieser Stelle wiederzugeben.)

Am zweiten Konferenztag erhielt Kollege Broich zu Punkt 4 der Tagesordnung das Wort. In seinem Referat hebt er hervor, daß die Jugend von heute ein Produkt des hochkapitalistischen Weltalters und nicht mit der Jugend von früher zu verwechseln ist. Die Jugendbewegung im Gau hat im letzten Jahre gute Fortschritte gemacht. Die Jugendleiter müssen geschult werden. Das Treffen der Jugendgruppen hat den Zweck, gemeinsam die gemachten Erfahrungen auszutauschen. Der Redner richtet an alle Delegierten den Appell, tatkräftig mitzuarbeiten, um die Jugendbewegung weiter emporzuführen.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Heering, Glatz, Gundlach und Prall.

Den Bericht über den Verbandstag gab Kollege Malcha; er wurde vom Kollegen Krüger ergänzt. Über den Gewerkschaftskongress berichtete Kollege Heering.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung wurde beschlossen, die nächste Jahrestellenleiterkonferenz in Witten stattfinden zu lassen.

Der Antrag der Jahrestelle Düsseldorf, einen Gaujugendleiter zu wählen, wurde angenommen. Gewählt wurde Kollege Reuß (Düsseldorf).

Als Verbandsbeiratsmitglied wurde in geheimer Wahl Kollege Kirberg (Düsseldorf) gewählt. Zum Schluß führte Kollege Heering aus, daß im kommenden Winter die Bildungsarbeit im Vordergrund stehen müsse, und gab die Zusicherung, die Wünsche in bezug auf Bildungsarbeit beim Hauptvorstand nach Möglichkeit zu unterstützen. Kollege Hoffmann stellte fest, daß die Aussprache fruchtbar gewesen, und schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Fabrikarbeiter-Verband und den Keramischen Bund um 15.30 Uhr die Konferenz. Fröhlich.

Papier-Industrie

„Niedrige Löhne fördern die Ausfuhr“ oder „Wie man das Pferd beim Schwanz aufzäumt“ ist eines der Argumente, mit dem die Papiererzeugungsindustriellen ihre Forderung auf den zweiten Lohnabbau begründen.

Die am schlechtesten bezahlten Arbeiter sind nach den amtlichen Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes auch die Arbeitnehmer der Papiererzeugungsindustrie. Von 17 amtlich erfaßten Industrie- und Gewerbegruppen stehen die Arbeitnehmer der Papiererzeugungsindustrie in Deutschland an vierzehnter Stelle. Sie werden nur noch unterboten in der Lohnhöhe von den Arbeitnehmern der Reichspost, der Feinkeramik und der Textilindustrie.

Am schlechtesten bezahlt in der Papierindustrie werden ebenfalls die Papiererzeugungsarbeiter. Dazu folgender Beweis nach den amtlichen Ermittlungen:

Gewerbezw. z.	Stundenlöhne in Reichspfennigen am 1. 7. 31			
	Gelernte Arbeiter	Hilfsarbeiter	Hilfsarbeiterinnen	Hilfsarbeiterinnen
Buchdruckerel.	110,3	96,7	60,4	
Papierverarbeitung	108,2	80,8	50,8	
Papiererzeugung	87,7	68,8	46,4	

In der Papiererzeugungsindustrie sind unter „Gelernte Arbeiter“ die Papiermaschinenführer zu verstehen.

In Europa gehört Deutschland ebenfalls zu den Staaten mit niedrigem Lohnniveau.

In Europa steht die deutsche Papiererzeugungsindustrie besonders mit den skandinavischen Staaten in schwerer Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Holland bietet mit Stropappier und Stropappeln den Wettbewerb an. Prüfen wir deshalb die Löhne einiger Papierarbeitergruppen dieser Staaten mit den deutschen Löhnen auf Grund einer im Jahre 1929 aufgenommenen Statistik der Fabrikarbeiter-Internationale:

Staaten	Durchschnittslöhne ohne Akkord- und Prämienverdienste in Reichspfennigen im Jahre 1929		
	Papiermasch.-Führer	Volljährige ungelernete Arbeiter	Arbeiterinnen
Norwegen	165	119	79
Dänemark	152	116	70
Schweden	138	118	79
Holland	123	105	51
Deutschland	89,6	71,7	48,7

Gekürzt wurden diese Löhne nur in Deutschland und Norwegen bisher um 6 Prozent in jedem der beiden Staaten.

Soll sich nun die Papierausfuhr gehoben?

Fest steht, daß die deutsche Papiererzeugungsindustrie nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch in der europäischen Papiererzeugungsindustrie die schlechtesten Löhne zahlt. Nach der von den Unternehmern angewandten Logik müßte sich die Papierausfuhr demnach gehoben haben.

Das Gegenteil ist richtig!

Nach den Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung ergibt sich, daß im zweiten Vierteljahr 1931 an Papierwaren 8 v. H., an Chromo- und Buntpapier im ersten Halbjahr 1931 rund 18 v. H. und an Tapeten rund 21 v. H. weniger ausgeführt wurden als in den gleichen Zeiträumen des Vorjahres.

Trotz niedriger und gesunkener Löhne Produktionsrückgang!

Das ist das Fazit deutscher Unternehmer-Wirtschaftspolitik. Nach den Berichten des Instituts für Konjunkturforschung wurden im Juli 1931 nur noch 92,5 v. H. an Papier und 82,1 v. H. an Pappe der Produktionsmengen des gleichen Monats im Jahre 1928 erzeugt. Die Tatsache, daß in der Tapetenindustrie nicht nur der Auslandsabsatz um 21 v. H., sondern auch der Inlandsabsatz um 10 v. H. gesunken ist, beweist gleichfalls eine erhebliche Produktionsdrosselung.

Die Unternehmer glauben selbst nicht an ihre Theorie!

Das ist die Schlussfolgerung, die man aus dem Artikel „Zur Wirtschaftslage“ in Nr. 73 der „Papierzeitung“ ziehen muß, wo Dr. R. u. a. schreibt:

„Unter dem Druck, der zufolge zunehmender Arbeitslosigkeit, des Abbaues von Löhnen und Gehältern und sonstiger Minderung des Volkseinkommens herrscht, ist mit sinkendem Inlandsabsatz zu rechnen, wodurch die Industrie in noch höherem Grade auf die Ausfuhr angewiesen wird. Diese Ausfuhr wird wegen der ungünstigen Weltwirtschaftslage erschwert. Es ist deshalb kaum anzunehmen, daß der inländische Absatz in allen Artikeln durch Ausfuhr wettgemacht werden kann.“

Wenn auch Dr. R. überlegt, daß der sinkende Inlandsabsatz in erster Linie ebenso eine Folge des Lohn- und Gehaltsabbaues ist wie die „sonstige Minderung des Volkseinkommens“, so steht er bezüglich der Ausfuhrmöglichkeiten nicht zu Schwarz.

Trotz niedriger Löhne kein größeres Vertrauen.

Das ist die Schlussfolgerung, die in- und ausländische Kapitalisten aus der deutschen Wirtschaftspolitik ziehen und die ihre Spiegelung an den Börsen findet. Nach den Ermittlungen des Indexforschungsinstituts in Genf sind erhebliche

Sie betteln bei den Klassengegnern.

Die KPD leidet trotz allem Geldzufluss aus Moskau an chronischem Mangel. Aber da zum Kriegsführen und zum Zahlen der „niedrigen“ Spesen für die Parteigrößen nun einmal Geld gehört, die Arbeiterklasse aber für solche Zwecke, die ihren wahren Interessen absolut widersprechen, kein Geld geben kann und will, schnorrt die KPD bei den Klassengegnern der Arbeiterklasse um finanzielle Unterstützung. Und diese Revolutionäre müssen es sich gefallen lassen, daß die Unternehmer sie hohnlachend abweisen. Das Kapital hat es ja nicht nötig, der KPD ihre Verräterdienste zu bezahlen; die Beauftragten Moskaus leisten dem Kapital diese Dienste ganz unentgeltlich. Betteln bei den Unternehmern und Kampf gegen die Gewerkschaften, das ist das Kennzeichen der kommunistischen „Revolutionäre“.

Kursrückgänge an allen Weltbörsen zu verzeichnen. Und Dr. R., der auf diese Rückgänge zahlenmäßig hinweist, zieht daraus für die deutsche Industrie die Schlussfolgerung: „Das zeigt, daß die Lage des deutschen Aktienmarktes weder besser noch wesentlich schlechter ist als die der anderen größeren Märkte.“

Damit wird den deutschen Papiererzeugungsindustriellen auch der Bankrott ihrer Lohnabbaupolitik börsenmäßig bescheinigt.

Trotz Lohnabbau Preiserhöhungen.

Die gleiche Nummer der „Papierzeitung“ trifft nach dem „Berliner Tageblatt“ folgende Feststellung:

„Die Preise seien fester geworden, weil der Preisdruck konnte aufgehalten werden. Da die Inlandpreise nicht mehr sehr weit von den Exportpreisen entfernt seien, wäre das Ausfuhrgeschäft etwas lohnender geworden. In vielen Papierfabriken sei in den letzten Monaten sogar ein Preisaufschlag zwischen 5 und 10 v. H. erreicht worden.“

Trotzdem fordern die Arbeitgeber weiteren Lohnabbau.

Noch mehr soll die Arbeiterklasse geknechtet und geknebelt werden. Die Unternehmer wollen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder einseitig diktiert, daß beweisen die Hinweise der Papiererzeugungsindustriellen in Sachsen und Mitteldeutschland in ihren Schriftstücken an unsere Gewerkschaften, worin sie bezweifeln, ob neue Bezirkslohnverträge zustande kommen.

Die Unternehmer wollen wieder „frei wirtschaften“ können. Frei wirtschaften heißt aber im Unternehmertum: freie Hand in der Arbeitspolitik und freie Hand in der Hochpreispolitik der Preise mit Hilfe ihrer Kartelle, Syndikate und Konventionen. Bei ihren Unterdrückungsplänen spekulieren die Unternehmer auf die freiwillige Mithilfe jener sogenannten „Arbeitervertreter“, die politisch in der KPD, und NSDAP, wirtschaftlich in der RWD, in nationalsozialistischen Zellen und in gelben Werkvereinen ihr trauriges Zerstückelungsbandwerk an der freien Arbeiterbewegung treiben und die sich dadurch zu Zubehörs des Kapitals herabwürdigen.

Desto geschlossener muß die Papierarbeiterklasse zu ihrer Kampfesorganisation stehen, desto mehr müssen die Lage und Wochen des Lohnkampfes zur Werbung für den Verband der Fabrikarbeiter ausgenutzt werden. Hinweg mit allen Zerstückelern der gewerkschaftlichen Geschlossenheit; Kampf allen Feinden der Arbeiterklasse, auch wenn sie wie Wölfe in Schafpelzen sich unter der Maske als „Arbeitervertreter“ nähern! G. Stähler.

Lohnbruch.

Die Robert-Weber-AG in Wertheim bei Bameln hat seit längerer Zeit ihren Betrieb stillgelegt und beschäftigt nur noch drei Arbeiter, die den Versand besorgen und sonstige Instandsetzungsarbeiten leisten. Das hinderte die Direktion nicht, folgenden famosen Anschlag zu machen:

Wir leben uns genötigt, mit Wirkung von Mittwoch, den 28. d. M., an, die Löhne für Arbeiterinnen und Arbeiter um 20 Prozent gegenüber den bisher gezahlten zu senken. Nur unter dieser Voraussetzung nehmen wir noch Aushilfsarbeitskräfte an.

Wertheim, den 21. September 1931.

Formfett. Dr. Kienbrock.

Man setzt die Löhne herunter, trotzdem der Betrieb stillliegt, und bietet Aushilfsarbeit an. Oder glaubt die Robert-Weber-AG, wirklich, daß die Arbeiterklasse durch das monatelange Aussetzen der Produktion nun mürbe genug ist, um sich für jeden Jammerlohn anzubieten? Das tollste an der Sache ist, daß der Tarif noch weiterläuft und die Firma mit ihrem Anschlag sich eines Tarifbruchs schuldig macht. Da heute mehr Direktoren, Prokuristen usw. im Betriebe herumlaufen, als Arbeiter noch beschäftigt werden, könnte natürlich auch dieser Lohnabzug den Dalles nicht abwenden, so daß es schon richtiger wäre, die Fabrikriegewaltigen würden „ihren Dreck alleine“ machen, damit sie für ihre hohen Gehälter wenigstens etwas produktive Arbeit leisten. G. Stähler.

Eigenartige Methoden des christlichen Werkmeisterbundes.

Die krampfhaften Bemühungen des christlichen Werkmeisterbundes, die Maschinenführer der Papierindustrie für sich zu gewinnen, hatten Anfang des Jahres 1930 unter den Maschinenführern zum Teil Erfolg, aber nur, weil diese Organisation die schönsten Versprechungen machte. Bekanntlich ging das Bestreben dahin, die Maschinenführer in das Angestelltenverhältnis zu bringen. Ein abhängig gemachtes Verfahren brach, wie nicht anders zu erwarten war, bald zusammen. Das Oberverwaltungsamt Leipzig entschied unter dem 13. März 1930, daß Maschinenführer nicht als Angestellte zu betrachten seien. Dessen ungeachtet setzte der Werkmeisterbund aber seine Bestrebungen fort. Es gelang ihm jedenfalls, Anruhe zu erzeugen. Derjenigen Organisation, die bei der nächsten Lohnverhandlung am meisten für die Maschinenführer tat, wollte man beitreten. Derweilen wollte man die Beiträge in einem Topf sammeln. Fürwahr ein schöner Gedanke. Wer sollte der Topfbereiter sein? Wahrscheinlich der, dessen Gehirn der Gedanke empfing. Die Dinge kamen anders. Der Werkmeisterbund nahm die Beiträge und kümmerte sich nicht mehr um die Maschinenführer. Erst als diese erkannten, daß ihre Interessen vom Fabrikarbeiterverband am besten vertreten werden, und zu uns zurückkehrten, begann sich der christliche Werkmeisterbund, daß im § 8 Abs. 1 des Statuts eine vorherige Aufkündigung der Mitgliedschaft notwendig sei. Jetzt gab es Zahlungsbefehle. Daß es erforderlich war, bei der ursprünglichen Organisation ebenfalls eine Abmeldung vorzunehmen, stellte man in Abrede. Man war loyal und verlangte nur für ein halbes Jahr die Beiträge. Dabei überließ man aber ein Schreiben, welches vorlag. Der Inhalt dieses Schreibens verdient es, allen Maschinenführern zur Kenntnis gebracht zu werden, damit sie sich in Zukunft die Agitatoren genau ansehen. Also steht geschrieben: „Die Maschinenführer bekleiden im Betriebe eine untergeordnete Rolle. Aber ihnen stehen Meister und Obermeister. Diese sind im Werkmeisterbund organisiert. Wohin sollte es nun führen, wenn unterstellte Personen mit Meistern und Obermeistern in der gleichen Organisation sind? Aus diesem Grunde verzichten wir auf die Organisation der Maschinenführer.“

Also, Maschinenführer, erst machen wir dir Versprechungen, du zahlst, und dann: Wir können dich doch nicht mit einem Werkmeister gleichstellen.

Maschinenführer, lernt daraus, laßt nicht mit eurer Person handeln, sondern schließt euch der stärksten Organisation der Papierarbeiter, dem Verbands der Fabrikarbeiter, an! Reimann.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Zucker-Kreditbank, AG, im Geschäftsjahr 1930/31.

Der Geschäftsbericht der Zucker-Kreditbank, AG., zu Berlin, der mit dem 30. Juni 1931 abschließt, ist der Öffentlichkeit unterbreitet. Einleitend wird in dem Geschäftsbericht bemerkt, daß die erzielten Umsätze und Gewinne der Bank auch im jetzt abgeschlossenen Geschäftsjahre durchaus befriedigend sind. Der Bank standen ansehnliche in- und ausländische Kredite zur Verfügung, um wiederum die Zuckerindustrie mit den nötigen Krediten versorgen zu können. Wörtlich heißt es dann im Bericht:

„Wir haben im abgelaufenen Geschäftsjahr an Kampagne- und sonstigen größeren Zuckerkrediten unserer Kundenschaft Beträge von zirka 98 000 000 Mk. zur Verfügung stellen können. Da die Laufzeit eines großen Teiles dieser Kredite über unseren Bilanzstichtag hinausreichte, ergab sich in unserem diesjährigen Abschluß gegen das Vorjahr eine erheblich höhere Bilanzsumme; insbesondere erklärt sich hieraus die Zunahme der Kreditoren von rund 11 000 000 Mk. auf rund 47 000 000 Mk.“

Demnach ist es der Bank möglich gewesen, die Zuckerindustrie in diesem Jahre mit erheblich größeren Krediten zu versorgen als im Vorjahre. Wie im Vorjahre, so hat die Bank auch in diesem Jahre gute Gewinne erzielt, trotzdem die Zuckerindustrie im letzten Jahre noch mehr über die schlechte Lage klagte als im vorhergehenden Jahre.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit 1 240 090,22 Mark ab. Der bilanzmäßig ausgewiesene Reingewinn beträgt „nur“ 430 833,09 Mk. Das sind etwas über 10 Prozent vom Aktienkapital. Die Bilanz weist aber den Reingewinn nicht voll aus. Der Bericht selbst sagt hierzu folgendes:

„Der Gesamtumsatz des Jahres 1930/31 betrug rund 2 558 000 000 Mk. (im Vorjahre rund 2 155 000 000 Mk.). Der im verflorenen Geschäftsjahre erzielte Gewinn würde die Ausschüttung der gleichen Dividende wie im Vorjahre ermöglichen. Mit Rücksicht aber auf die unabsehbare allgemeine Wirtschaftslage halten wir es für gerechtfertigt, erheblich größere als die sonst üblichen Abschreibungen vorzunehmen.“

Hierzu ist eigentlich jeder Kommentar überflüssig. Auch in den letzten Jahren waren die Abschreibungen schon erheblich. Um aber auf alle Fälle gedeckt zu sein, hat man in diesem Jahre noch größere Reserven beiseite gelegt. Wären die Abschreibungen nur in dem Umfang wie in den letzten Jahren vorgenommen, dann hätte die Bank auch in diesem Jahre eine Dividende von 12 Prozent, wie im vorhergehenden Jahre, verteilen können.

Die Gewinne wurden in erster Linie mit den Krediten erzielt, die der Zuckerindustrie gewährt wurden; ein Beweis, daß geliehenes Auslandsgeld kein Glück ist, sondern daß man damit zu etwas kommen kann. Nach Angaben der Zuckerindustriellen geht es der Zuckerindustrie sehr schlecht, dem Finanzinstitut der Zuckerindustrie aber geht es sehr gut. Für den Verbraucher ist es aber schließlich gleichgültig, wer die Gewinne aus der Zuckerproduktion erzielt. Die Finanzwelt nützt am Zucker, und das ist für die Kapitalisten die Hauptsache. G. Senkfeld.

Verschiedene Industrien

Die Heimarbeit in Deutschland*

V.

In Thüringen finden wir vorwiegend die Familienheimarbeit vor. Die von der Berufszählung 1925 angegebenen Beschäftigungszahlen dürften zu niedrig sein. Wahrscheinlich sind nur die Heimarbeitersfamilien gezählt, nicht aber die Familienangehörigen. Die Berufszählung 1925 gibt für Thüringen 17 801 berufstätige Heimarbeiter an und auch die Gewerbeaufsicht 1928 nur 17 810.

Die einzelnen Industriegruppen beschäftigten 1928 nach der Aufstellung der Gewerbeaufsicht Heimarbeiter wie folgt: Glas- und Porzellanwaren 2248, Metallwaren 475, Maschinen- und Apparatebau 712, elektrotechnische Industrie 931, Textilindustrie 5432, Papierindustrie und Veredelungsindustriegerwerbe 752, Lederindustrie 30, Etuis, Drechslerwaren 521, Spielwaren 2250, Zigarrenindustrie 710, Bekleidungsindustrie 4310, Handelsgerätee 75.

Wie schon oben erwähnt, ist die Zahlenangabe zu niedrig. Das geht deutlich aus den Angaben bei Glas-, Porzellan- und Spielwaren hervor. Drei- bis vierfach höhere Zahlen dürften nach unseren Erhebungen das Richtige treffen.

Aber den Entwicklungsgang der Thüringer Heimindustrien, der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Heimarbeiter ist der Öffentlichkeit seit mehr als 40 Jahren dauernd berichtet worden. Begleiter dieser Arbeit war mit wenigen Ausnahmen immer die Not und das Elend in körperlicher und zum großen Teile auch geistiger Beziehung. Erst als man den Heimarbeitern gesetzlichen Lohnschutz gab, wurde es besser. Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat allerdings die Heimarbeit wieder zurückgedrängt. Die Unternehmer nutzen die Krise für sich aus. Lohndruck ist trotz vorhandener Tarife über die Entgelte vorhanden. Dazu gesellt sich gegenseitige Lohnunterbietung der Heimarbeiter. In den Jahren nach der Inflation sind die Verleger dazu übergegangen, ihre Aufträge nur kurzfristig herauszugeben. Das hat zur Folge: überlange Arbeitslosigkeit, Lohnunterbietung und übermäßig lange Arbeitszeit in der Zeit der Auftragsausführung.

Die thüringischen Fachauschüsse haben in den ersten Jahren ihres Bestehens und auch heute noch gute Aufbauarbeit geleistet. Eine Ausnahme bilden die Fachauschüsse in Ostthüringen, die in den letzten Jahren beim Tarifaufbau wie bei der Tarifdurchführung vollständig versagt haben. Auch die Errichtungsbehörde dieser Fachauschüsse hat durch ihr Verhalten hemmend in die Entwicklung des Heimarbeiterschutzes eingegriffen. Das war in der Regierungszeit des Hilfsmannes Dr. Frick und ist deshalb kaum verwunderlich.

Die Gewerbeaufsichtsbehörden in Thüringen bekümmern sich im Gegensatz zu den Gewerbeaufsichten anderer Länder viel weniger um die Durchführung der Lohnsätze. Sie stellen wohl die Not der Heimarbeiter fest, gehen aber an der Wurzel der Not, dem Lohndruck, vorbei. Eine Änderung dieses Umstandes wäre wünschenswert.

Ein besonderes Kapitel in der Thüringer Heimarbeit bilden die Wohnungsverhältnisse. Die Gewerbeaufsicht Meiningen hat 1928 erneut bei 1680 Heimarbeitersfamilien Erhebungen angestellt. In den besuchten Familienbetrieben wurden 352 besondere Arbeitsräume festgestellt, die ohne Hinzunahme von Wohn- und sonstigen Räumen ausschließlich als Arbeitsräume verwendet wurden. Zahl und Größe dieser Räume ist aus nachstehender Übersicht ersichtlich:

In diesen Räumen waren 910 Familienangehörige einschließlich 143 eigener Kinder und 157 fremde Hilfskräfte einschließlich 11 fremder Kinder beschäftigt.

83 Familienbetriebe verfügten über besondere Arbeitsräume, mußten aber noch Wohn- und Kochräume zu Arbeitszwecken mitbenutzen. Zahl und Größe dieser Räume ergibt folgende Zusammenfassung:

a) Arbeitsräume:										
15	10-20	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70	über 70	cbm		
4	30	19	9	10	5	2	5	Räume		

b) Arbeits-, Wohn- und Kochräume:										
15	10-20	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70	über 70	cbm		
2	7	23	37	9	2	3	3	Räume		

Hierin waren tätig: 275 Familienangehörige, darunter 22 Kinder, 41 fremde Hilfskräfte, darunter ein Kind.

In 1054 Betrieben mußten Wohn- und Kochräume als Arbeitsräume mitbenutzt werden (Gruppe C).

Größen und Anzahlangaben sind aus nachstehendem zu ersehen:

15	10-20	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70	über 70	cbm		
70	233	308	190	76	37	33	33	Räume		

Hier waren tätig 2105 Familienmitglieder, darunter 165 Kinder, und 132 fremde Hilfskräfte, darunter 5 Kinder.

In 107 Betrieben diente der Arbeitsraum als Wohn-, Koch- und Schlafraum. Zahl und Größe der Räume verteilen sich wie folgt (Gruppe D):

15	10-20	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70	über 70	cbm		
10	3	18	34	16	11	7	7	Räume		

Tätig waren in diesen Räumen 248 Familienmitglieder, darunter 20 Kinder, sowie 7 fremde Hilfskräfte.

74 Betriebe sind, teils weil die Arbeitsverrichtungen zur Beurteilung der Arbeits- und Wohnungsverhältnisse unerschließbar sind, z. B. bei Puppenkleiderherstellerinnen, teils weil die für die Hausarbeit verantwortlichen Personen nähere Auskünfte verweigerten, aus vorstehender Statistik ausgeschlossen.

Nach Berücksichtigung der Arbeitsverrichtungen, der Kopfzahl und des Geschlechts sowie des Alters der einzelnen Familienmitglieder mußten folgende Wohnungen als unzureichend bezeichnet werden:

- Gruppe B = 30 Wohnungen: 179 Familienmitglieder, davon 44 Kinder.
- Gruppe C = 362 Wohnungen: 1750 Familienmitglieder, davon 394 Kinder.
- Gruppe D = 107 Wohnungen: 502 Familienmitglieder, davon 156 Kinder.

* Siehe auch die Artikel in den Nummern 35, 36, 37 und 38 des „Proletarier“.

In der letztgenannten Gruppe wurden 8 Wohnungen gefunden, die nur aus einem Raum bestanden und insgesamt 28 Personen, darunter 11 Kinder, beherbergten.

Die Feststellungen der Gewerbeaufsicht Meiningen stellen das Kapitel „Wohnungsnot in der Heimindustrie“ in ein besonderes Licht. Schlechte und zu enge Wohnungen, dazu Lohndruck der Unternehmer und häufige lange Arbeitslosigkeit, das ist das Los des weitaus größten Teils der Thüringer Heimarbeiter.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Emil Dittmer 25 Jahre Gewerkschaftsredakteur.

Der Kollege Emil Dittmer, Redakteur der „Gewerkschaft“, Organ des Gesamtverbandes, konnte am 1. Oktober auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Dittmer hat sein Blatt mit Umsicht und Geschick geleitet, so daß die „Gewerkschaft“ ohne Zweifel zu den angesehensten Gewerkschaftsblättern gehört. Nach der Verschmelzung mit dem Verkehrsverband wurde die „Gewerkschaft“ das Hauptorgan des Gesamtverbandes. Dittmer wurde zugleich Hauptschriftleiter dieses

Ihr habt die Macht in Händen . . .

Wenn heute die deutschen Arbeiter von ihren in der Verfassung garantierten Rechten einen vernünftigen Gebrauch machen, dann haben sie es in der Hand, ihre völlige Verelendung, wie sie die Wirtschaftspolitik des Unternehmertums — vielleicht nicht immer gewollt — aber doch mit zwingender Logik herbeiführen muß, zu verhindern. Der nächste Schritt dazu ist die Vierzigstundenwoche. Habt den Mut, sie einig und geschlossen zu erkämpfen und ihr werdet sie haben! Es bedarf dazu nicht einmal unter allen Umständen des offenen wirtschaftlichen Kampfes, der ja in dieser Zeit der Millionen-Arbeitslosigkeit immer ein sehr gewagtes Unternehmen darstellt. Damit ist nicht gesagt, daß wir gänzlich auf ihn verzichten sollen oder wollen. Aber in diesem Zusammenhang erhält der letzte Aufruf der Sozialdemokratischen Partei: „Gebt uns die Macht, verschafft uns die Mehrheit!“ — einen ganz realen Sinn und greifbare Tatsächlichkeit. Eine wahrhaft starke parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse, die aufbauen und nicht zerstören will, gepaart mit der auf Solidarität und Einmütigkeit beruhenden Macht der Gewerkschaften, wäre in der Tat in der Lage, schon morgen die Vierzigstundenwoche zu dekretieren. Es gilt für die deutsche Arbeiterklasse noch immer, heute mehr als je, das Wort Ferdinand Lassalles: „Strebt nach der Macht, so erlangt ihr das Recht!“ Und die Vierzigstundenwoche ist euer gutes Recht.

Aus der Schrift des ADGB: „Die Vierzigstundenwoche“.

Blattes. Im Kreise der Gewerkschaftsredakteure wird sein Rat sehr geschätzt. Dittmer war nicht nur Redakteur, sondern auch als Vorstandsmitglied des Gemeindefacharbeiterverbandes und später des Gesamtverbandes eine einflussreiche Person im Gewerkschaftsleben. Daneben widmete er sich einer regen politischen Tätigkeit. Er war mehrere Jahre Berliner Stadtverordneter und ist seit elf Jahren unbesoldeter Stadtrat im Bezirk Kreuzberg in Berlin. Hier verwaltet er das Bildungsbezernat und das der Jugendpflege. Der Kollege Dittmer erfreut sich einer prächtigen Gesundheit. Ausgerüstet mit dieser, möge er seine Tätigkeit als Redakteur noch lange fortsetzen!

Berichte aus den Zahlstellen.

Darmstadt. Am 5. September 1931 feierte die Filiale Pfungstadt der Zahlstelle Darmstadt ihr 25jähriges Bestehen, wobei zwei Kolleginnen und 21 Kollegen auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken konnten. Der schön geschmückte Saal, das gut zusammengestellte Programm unter Beteiligung des Arbeitergesangsvereins und des Musikvereins stellten die zahlreich erschienenen Gäste zufrieden, sie waren für kurze Zeit losgelöst von den Sorgen des Alltags. Der Vorsitzende der Filiale Pfungstadt, Kollege Kägner — selbst ein Jubilar — begrüßte den Kollegen Thiemig vom Hauptvorstand, die Jubilare und deren Frauen, die Kreisverwaltung, den Vorsitzenden des Ortsausschusses des ADGB, und alle anderen Anwesenden. Dann wechselten Gesangs- und Musikvorträge. Einen eindrucksvollen Prolog sprach die Kollegin Becker. Kollege Thiemig überbrachte Grüße des Hauptverbandes. In seiner Festrede gedachte er auch derer, die nicht mehr unter uns weilen und die dem Verband einst eine Stütze waren. Auch derer, die durch die Art ihrer Arbeit gezwungen wurden, in andere Verbände überzutreten, wobei besonders des Genossen Minister a. D. Georg Raab für seine Mitwirkung in den Gründungsjahren gedacht wurde. Dank auch den Frauen unserer Jubilare, die wegen der Betätigung des Mannes für die Gewerkschaft auf manche Stünde Familienleben verzichtet haben. Die junge Generation möge sich ein Muster an unseren alten Kämpfern nehmen. Kollege Stahl in dessen Tätigkeit die Geschichte der Zahlstelle Darmstadt verkörpert ist, nahm darauf die Ehre der Jubilare durch Überreichung einer Urkunde des Hauptverbandes vor, wobei er auf einige Erlebnisse aus den ersten Jahren der Zahlstelle hinwies, bei denen die Filiale Pfungstadt auschlaggebend beteiligt war. Nach Abschluß der eigentlichen Feier drehten sich die Paare im Tanz. Alle gingen mit dem Bewußtsein nach Hause, unter Gleichgesinnten, abseits der Tagesläufe einige vergangene Stunden verleben zu haben.

Lübeck. Praktische Arbeitslosenfürsorge des Hochseeswerkes. Unter dieser knappen Überschrift wird in der bürgerlichen Presse in Lübeck eine Notiz verbreitet, nach welcher das Hochseeswerk für 10 Pfennig ein Eiser Eisen abgibt. Behauptungen sollen es alle die, welche wegen der wirtschaftlichen Beschaffenheit aus dem Werk ausscheiden müßten. Wir sind die allerersten, die etwa gegen eine Fürsorge etwas einwenden wollen, aber sie soll und darf nicht geschehen auf Kosten derer, die zum Empfänger werden. Unter anderem schreibt man in dem Artikel, daß die Mittel auf Veranlassung Dr. Neumanns vom Betrieb bereitgestellt werden. Sieh einmal einer an, die Mittel werden vom Betrieb bereitgestellt, von demselben Betrieb also, der den Lohnempfänger zum zweiten Male kündigt und Abzüge bis 15 Prozent unbedingte durchsetzen will. Beim ersten Abzug haben die Arbeiter des Werkes bis zu 40 Prozent des Verdienstes verloren. Dann wurde die Forderung entzogen und rückwärts losgelassen, wer irgend zu entscheiden war. Nun, nachdem sich die Arbeiterschaft

über die Einkommen der Herren Neumann, Dreher usw. unterhält, kommt die Hochseesuppe zur Verurteilung. Als bei den Verhandlungen die Einführung der achtfünftägigen Arbeitszeit verlangt wurde, da lehnte es die Betriebsleitung ab. Es wird in dem Werk noch 54-80 Stunden und mehr in der Woche geschuftet. Die Verteilung der Arbeit auf mehr Hände wäre praktische Arbeitslosenfürsorge gewesen. Die Arbeiterschaft will arbeiten und nicht Suppen, die sie, wie oben, selbst sehr teuer bezahlen muß.

Wien (Luhe). Am 20. September feierte unsere Zahlstelle ihr 25jähriges Bestehen, verbunden mit der Ehrung von 14 Jubilaren, den Kollegen Hermann Elvers, Georg Fehling, Rudolf Grasse, Peter Meyer, Wilhelm Lütjens, Hermann Lütjens, Heinrich Lüneburg, Georg Mohrmann, Fritz Diffe, Karl Piesker, Hermann Permann, Wilhelm Weselmann, Heinrich Maack, August Tödter. Der Kollege Peter Barfels, der ebenfalls schon 25 Jahre unserem Verbande angehört hatte, wurde leider am 19. September 1931 durch den Tod aus unserer Mitte gerissen. Kollege Tödter erstreckte den Abend mit einer Begrüßungsansprache. Die Arbeiterliedertafel „Eintracht“ brachte als Einleitung ein Lied stimmungsvoll zu Gehör. Hierauf nahm der Verbandsvorsitzende Karl Thiemig das Wort zu einer kernigen Ansprache. Er übermittelte zunächst die Grüße des Hauptverbandes sowie der Gauleitung. Im Jahre 1906, so führte er aus, unternahm etwa 60 tatkräftige Männer der heiligen Papierfabrik die Gründung der Zahlstelle Wien. Schwere wirtschaftliche Kämpfe mußte die Zahlstelle in den Vorkriegsjahren führen, um die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu bessern und die Organisation vorwärtszubringen. Langsam aber stetig wuchs die Zahlstelle und zählt heute schon 261 Mitglieder. Trotz der wirtschaftlichen und politischen Krise, so führte Redner weiter aus, müssen wir heute erst recht für die Gewerkschaft arbeiten, fester zusammenstehen, um der Reaktion mit der nötigen Geschlossenheit entgegenzutreten zu können; denn nur in der Einigkeit liegt unsere Stärke. Dann nahm Kollege Thiemig die Ehrung der 14 Jubilare vor. In längeren Ausführungen schilderte er die Verdienste der Jubilare, die 25 Jahre dem Verbande die Treue gehalten haben. Im Namen des Hauptverbandes überreichte er ihnen eine Ehrenurkunde mit der Mahnung, weiterhin für den Verband zu arbeiten und ihm die Treue zu halten. Mit den Worten: „Sinne mit allem Kleintum, unter die Zukunft, wir wollen zusammenhalten, wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern“, schloß der Redner seine eindrucksvolle, mit großem Beifall aufgenommene Rede. Die Liedertafel sang noch zwei Lieder, und alle Teilnehmer blieben dann noch einige Stunden in frohem Kreise beisammen.

Kurt Kade, Schriftführer.

Rechtspredung.

Die Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge nach neuer Entscheidung.

Neben den Voraussetzungen zum Bezuge der Krisenunterstützung (kurz „Kru“), wie z. B.: nach dem 3. November 1930 aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen, mindestens 21 Jahre alt, Angehöriger der zugelassenen Berufsklassen, Wohnung in dem zugelassenen Wirtschaftsgebiet, arbeitsfähig und arbeitswillig, ist eine weitere Vorbedingung das Vorliegen der Bedürftigkeit. Zur Entscheidung, ob Bedürftigkeit vorliegt, sind von den 11 Artikeln der Verordnung über die Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 (Reichsgesetzblatt I. S. 463) die Artikel 3-7 heranzuziehen. Nach diesen Artikeln sind die Einnahmen, also nicht nur Verdienst, des antragstellenden Arbeitslosen sowie seiner Angehörigen, soweit letztere mit dem Antragsteller im gleichen Haushalt leben, bei der Bedürftigkeitsprüfung anzurechnen. Eine Einschränkung macht der Artikel 7, der jedoch begrifflicherweise bisher von den Arbeitsämtern nicht herangezogen worden ist. In einer späteren Abhandlung soll einmal dieser Artikel besonders behandelt werden, da z. B. in den zuständigen Zentralstellen Bestrebungen laufen und Erhebungen veranstaltet werden, um den Artikel 7 in Wirklichkeit zu setzen.

In der bisherigen Praxis haben die Arbeitsämter bei der Festlegung der Bedürftigkeit den Artikel 4 Abs. 2, welcher lautet: „Von dem Einkommen, das ein Angehöriger des Arbeitslosen hat, ist der Betrag anzurechnen, um den das Einkommen 20 Mk. in der Kalenderwoche übersteigt. Der Betrag von 20 Mk. erhöht sich für jede Person, die der Angehörige des Arbeitslosen auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhält, um 10 Mark.“

den in Sperrdruck gesetzten Satz so ausgelegt, daß zu diesen Personen der Antragsteller nicht gehöre. Also z. B. wenn der Vater, dessen Sohn in Arbeit steht, Kru beantragte, sagte man: Der Sohn hat 34 Mk. Wochenverdienst, davon anrechnungsfrei 20 Mk., mithin Unterhaltsbeitrag für Vater und Mutter 14 Mk. Die Kru des Vaters nebst Zuschlag für die Mutter beträgt 13,20 Mk., also kann Kru nicht gezahlt werden. Oder einige Arbeitsämter ließen noch 10 Mk. für die Mutter frei, rechneten die restlichen 4 Mk. auf die Kru des Vaters an und zahlten den Restbetrag aus. Jedoch den Vater rechnete kein Arbeitsamt an. Dabei stützte man sich auf den Kommentar von Kühne-Rawicz. Nunmehr liegt eine Entscheidung des Spruchsenats für Arbeitslosenversicherung vor („Reichsarbeitsblatt“ Nr. 4113 III, Art. 65/31, IV., Seite 286), nach welcher eine grundsätzliche Nichtanrechnung der Freiengrenze für den Kru-Antragsteller nicht statthaft ist, wobei besonders hervorgehoben wird, daß die Ansicht von Kühne-Rawicz mit dem Wortlaut der Krisenfürsorge nicht zu vereinbaren sei. Vielmehr sei in allen Fällen zu prüfen, ob nicht, um beim Beispiel zu bleiben, auch für Vater und Mutter je 10 Mk. anrechnungsfrei bleiben, also 13,20 Mk. Kru zu zahlen sind.

Nach vorstehender grundsätzlicher Entscheidung tun unsere Mitglieder, bei denen ähnliche Fälle vorliegen, gut, eine Entscheidung des Spruchsenats bzw. der Spruchkammer herbeizuführen. Das letztere ist in allen den Fällen, die nach dem 3. November 1930 abgelehnt sind, durch Stellung eines neuen Kru-Antrages möglich. Voraussetzung ist natürlich das Vorliegen der übrigen Vorbedingungen.

Herrn Lamprecht.

Kundschau.

Antreiber und Menschenhinder.

In der illustrierten Beilage einer Tageszeitung fanden wir in diesen Tagen ein Bild, das eine Arbeitergruppe darstellt, die eine auf 45 Tage berechnete Arbeit in 22 Tagen geleistet hat. Welchen „Antreiber“ und „Menschenhinder“ muß diese Arbeitergruppe ausgeübt sein! So wird doch jeder Sozialist und noch viel mehr jeder Kommunist sagen, wenn er diese Nachricht liest. Wo fand sich das Bild? In der Beilage der „Roten Fahne“. Stolz stehen unter dem Bild folgende Worte: „Sozialistischer Aufbau im Sturmtempo. Eine stähler Betonarbeiter-Stoßbrigade schafft ihr Pensum statt in 45 in 22 Tagen.“ Dieses bolschewistische Antreiberstück, das auch noch „Stoßbrigaden“ verwendet, um aus den Arbeitern das Äußerste herauszuholen, wird von der kommunistischen Presse in Deutschland verherrlicht. Diese Notiz finden wir in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“. Was die Kommunisten in Deutschland und in anderen Ländern verurteilen, wird zur höheren Ehre des Bolschewismus in viel schlimmerer Maße angewandt.

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsbuch geschlossen.

Den Kollegen Friedrich Dagit in Kaiserlautern, geb. am 16. Mai 1879, eingetretten am 2. Oktober 1924, und Peter Schmidt, geb. am 6. Dezember 1895 in Kempfen, eingetretten am 15. Mai 1923 in Ludwigshafen, Buch-Nr. 550 540, wurden die Mitgliedsbücher geschlossen. Sollten die Bücher irgendwo vorgezeigt werden, so ist entsprechend den bekannten Anweisungen zu verfahren.

Chemische Industrie

Neues vom Bedang-System
(Fortsetzung)

Einiges über Erholungsfaktoren und Aufnahmeprozess

Bei Elementen, die immer gleich sind, muß sich die Zeit t mit der Geschwindigkeit v verhalten $\frac{v}{t} = \text{const.}$

Beispiel: 16/60, 16,5/66, 17,5/66, 19/60, 21,5/45, 24/40, 27/50 (+)

16/60, 16,5/66, 17,5/66, 19/60, 21,5/70, 24/76, 27/80 (+)

Das Schätzen der Geschwindigkeiten bleibt der individuellen Einstellung des Aufnehmers überlassen. Entweder schätzt er die reine, sichtbare, objektive Geschwindigkeit ohne Rücksicht auf die Schwere der Arbeit und gibt einen entsprechend hohen Erholungsfaktor . . . 200 Prozent, oder er berücksichtigt die Schwere in der Schätzung und erhält niedrigere Erholungsfaktoren. Beide Wege müssen bei richtiger Anwendung dasselbe Resultat zeigen.

Wartezeit am Fahrstuhl oder eine halbe Rundfahrt, d. h. Fahrzeit aus dem Keller bis zum Dachgeschoß einschließlich Einsteigen in den Stockwerken.

Erholungsfaktoren für Treppensteigen:

Normale Treppe:

- Hinauf ohne Last, einschl. der Absätze 1,45
- Hinauf ohne Last, ausschl. der Absätze 1,50
- Herunter ohne Last, einschl. der Absätze 1,25
- Herunter ohne Last, ausschl. der Absätze 1,28

Diese Faktoren können steigen bis:

Senkrechte Leiter, Stufenabstand etwa 25 Zentimeter.				
Hinauf ohne Last	1,50	1,60	1,70	1,80
	60 Grad	70 Grad	80 Grad	90 Grad
Herunter	1,30	1,40	1,50	1,60

Der Normalwert

Setzt sich eine Arbeit nicht in bestimmte Elemente zerlegen oder genau erfassen, so wählt man den Normalwert dafür (Schreibarbeit, Arbeitsausstellung, Botenwege usw.). Man kann nun zwei Wege beschreiben:

1. Man schätzt die Geschwindigkeit z. B. auf 50. Dann macht der Mann $8 \times 50 = 400$ W/Schicht (8 Stunden), $400 \times$ Erholung 1,15 = 460,0 W/Schicht.

$$\frac{400 \text{ W je Schicht}}{\text{gesamte direkte W.}} = \text{W/W dir.}$$

2. Bei gründlicher Erfassung macht man 1. . . 2 Tagesaufnahmen und bestimmt dann die W/W dir. aus den errechneten W der Aufnahmen.

Nota: Stellt es sich heraus, daß infolge Konjunkturschwankungen oder dergleichen (Umstellungen) die Bezugseinheit sich ändert, so ändert sich auch der Normalwert, bei geringerer Leistung ändert sich automatisch der Wert.

Die Berechnung des Methodenzuschusses

Wird ein Arbeiter behindert, eine 80-W-Stunde zu erreichen, so erhält er Methoden-Zuschuß.

I. MZ. nach Tabelle.

Aufert sich die Behinderung in veränderlicher Zeit je Verrechnungseinheit, so reguliert man die W-Stunde mit Hilfe der Tabellen B, C oder D.

Der reine W-Wert kann sich durch Beschaffenheit des Materials oder durch außergewöhnliche Arbeitsverhältnisse ändern, wodurch die wirkliche W-Stunde unter oder über 80 liegen kann, ohne Verschulden oder Verdienst des Arbeiters.

Die Bezahlung erfolgt dann nach folgender

Tabelle B: Sie wird am häufigsten angewendet, da sie normale Verhältnisse voraussetzt. Der nun in der Analyse gezeigte MZ. zeigt der Betriebsleitung, wo evtl. andere Dispositionen zu treffen sind.

Bedang-Methoden-Zuschuß-Tabelle B.

Leistung	Bezahlung	Leistung	Bezahlung
30	63,3	56	70,7
31	63,5	57	71,0
32	63,7	58	71,4
33	64,0	59	71,7
34	64,2	60	72,0
35	64,5	61	72,4
36	64,7	62	72,7
37	64,9	63	73,1
38	65,1	64	73,5
39	65,4	65	73,9
40	65,7	66	74,2
41	66,0	67	74,5
42	66,3	68	75,0
43	66,6	69	75,4
44	66,7	70	75,8
45	67,1	71	76,1
46	67,5	72	76,5
47	67,8	73	76,9
48	68,0	74	77,3
49	68,3	75	77,9
50	68,6	76	78,1
51	69,0	77	78,5
52	69,4	78	79,0
53	69,7	79	79,5
54	70,0	80	80,0
55	70,3		

Anmerkung: Mit der Verbesserung der Fabrikanrichtungen und Beseitigung der Produktionshemmungen geht der Methoden-zuschuß schrittweise zurück.

Tabellen C und D: Es sind Ausgleichstabellen. Man verrechnet die Leistungs-W mit ihnen bei Schwankungen (Material), so daß der Arbeiter eine der normalen Arbeitsleistung angenäherte Bezahlung erhält.

Die Bezahlung nach Tabelle C:

Bedang-Methoden-Zuschuß-Tabelle C.

Leistung	Bezahlung	Leistung	Bezahlung
45	60,0	68	71,2
46	60,7	64	71,8
47	61,4	65	72,4
48	62,1	66	73,0
49	62,8	67	73,5
50	63,4	68	74,0
51	64,0	69	74,5
52	64,6	70	75,0
53	65,2	71	75,5
54	65,8	72	76,0
55	66,4	73	76,5
56	67,0	74	77,0
57	67,6	75	77,5
58	68,2	76	78,0
59	68,8	77	78,5
60	69,4	78	79,0
61	70,0	79	79,5
62	70,6	80	80,0



Best.-Nr. — 239 — der Unfallverhütungsbild O. m. b. V. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen

Die Bezahlung nach Tabelle D:

Bedang-Methoden-Zuschuß-Tabelle D.

Leistung	Bezahlung	Leistung	Bezahlung
80	80,0	100	89,5
81	80,5	101	89,9
82	81,0	102	90,4
83	81,5	103	90,8
84	82,0	104	91,3
85	82,5	105	91,7
86	83,0	106	92,1
87	83,4	107	92,6
88	84,0	108	93,0
89	84,5	109	93,5
90	85,0	110	93,9
91	85,5	111	94,3
92	86,0	112	94,7
93	86,4	113	95,1
94	86,8	114	95,6
95	87,2	115	96,0
96	87,6	116	96,4
97	88,1	117	96,8
98	88,5	118	97,2
99	89,0	119	97,6
		120	98,0
		121	98,5
		122	98,9
		123	99,3
		124	99,7
		125	100,0

II. MZ. in Minuten. Hat ein Arbeiter während seiner Arbeit Behinderung in Form von einer ziemlich gleichmäßig wiederkehrenden Zeit je Verrechnungseinheit, so erhält er MZ. in Minuten, d. h. man ermittelt die Wartezeit genau und nimmt eine Methoden-Zuschuß-Rechnung vor (siehe folgende Beispiele).

Nota: Im Fall II steht der MZ. in bestimmtem Verhältnis zu der W-Verrechnungseinheit, während er im Fall III von der wirklich geleisteten W-Stunde abhängig ist.

Beispiel 1:

Ein Arbeiter nimmt vom Transportband Ware ab. Alle 7,4 Sek. passiert eine Schale einen Arbeitsort. Das Abnehmen erfordert vier Normalsekunden (4/60), Erholung 1,10.

$$\text{Arbeit} = \frac{4}{60} = 0,0667 \times 1,10 = 0,0773 \quad a$$

$$\text{Wartezeit} = \frac{7,4 - 4}{60} = 0,0567 \quad b$$

$$0,0567 \text{ und } 0,0773 = 0,134 \quad c$$

$$\frac{a}{c} = \frac{0,0773}{0,134} = 60 = 35 \text{ W-Stunden.}$$

Nach Tabelle B erhält der Arbeiter bei einer Leistung von 35 W-Stunden einen Zuschuß von 29,5, so daß seine Leistung und sein Zuschuß eine 64,5-W-Stunde erreicht.

$$\frac{29,5}{35 \times 0,0773} = 0,065 \text{ (MZ.)}$$

Resultat: Arbeit = 0,0773 W.
Wartezeit = 0,0567 Min.
MZ. = 0,0083 Min.
= 0,1423 für ein Stück.

Der Zuschuß für die tote Zeit beträgt 14,8 Prozent.

Beispiel 2:

Ermittelte Werte:

$$\frac{W}{100} = 89,5; \text{ Wartezeit}/100 = 59,5 \text{ Min.}$$

$$\frac{89,5 \text{ Arbeit}}{59,5 \text{ Wartezeit}} = 149,0 = \text{eine Arbeitsperiode.}$$

Berechnet man nun die W/100 auf eine 80-Geschwindigkeit um, so erhält man:

$$\frac{89,5 \times 60}{80} = 67,1 = \text{verbrauchte Zeit bei einer 80-Geschwindigkeit.}$$

Eine Periode = 149,0	Resultat: Arbeit = 89,5 W/100
Wartezeit = 67,1	Wartezeit = 59,5 Min.
Wartezeit u. MZ. = 81,9	MZ. = 22,4 Min.

171,4

Der Zuschuß beträgt 37 Prozent.

Beispiel 3:

Es sind folgende Werte ermittelt worden:

$$\frac{W}{100} = 137,8; \text{ Wartezeit}/100 = 121,3;$$

$$a \text{ und } b = 259,1 = W \text{ und Wartezeit.}$$

Der benötigte Zeitaufwand ist 259,1 Minuten, demnach 259,1 = 60 = 60 wirkliche W-Stunden.

Nach Tabelle B gibt es bei einer 60-W-Stunde einen Zuschuß von 12,0. 60 und 12 = 72-Bezahlungs-W-Stunde. 12 Minuten

$$60 \text{ W-Stunde} = 259,1 \text{ W und Minuten} = 52 \text{ Minuten MZ.}$$

$$\text{Resultat: Arbeit } 137,8 \text{ W/100}$$

$$\text{Wartezeit } 121,3 \text{ Minuten}$$

$$\text{MZ. } 52,0 \text{ Minuten}$$

$$= 311,1$$

Der Zuschuß beträgt 43 Prozent.

Anmerkung zu II.

Errechnung des MZ.

Leistet der Arbeiter eine 60-W-Stunde, so wird ihm eine Geschwindigkeit von 60 angerechnet, bei einer 80-W-Stunde eine Geschwindigkeit von 80, das heißt: $\frac{60-80}{80} = 0,25$

Steigerung; bei einer 60-W-Stunde eine Steigerung von $60-0,25 = 15$, also eine Geschwindigkeit von 75. Leistet der Arbeiter trotz Behinderung eine 60-W-Stunde = 60 Minuten,

$$\text{so würde er ohne Behinderung } \frac{60-60}{75} = 48 \text{ Minuten be-}$$

nötigen. Für die Differenz von 48-60 Minuten erhält er 12 Minuten = 12 W MZ. Er würde bei 60 W-Stunden 12 W MZ. bekommen, das heißt eine 72-W-Stunde. Unter 30 W-Stunden gilt $\frac{60-70}{30} = 0,333 \text{ W.}$

Fortsetzung folgt.

Jubiläumsbetrachtungen über die Haslocher Pulverfabrik.

Die Pulverfabrik Hasloch a. Main blickte im Juli 1931 auf ihr 40jähriges Bestehen zurück. Der jetzige Leiter der Fabrik, Kommerzienrat Schmidt, ist auch der Gründer des Unternehmens.

Anlässlich des 40jährigen Bestehens wäre es angebracht gewesen, wenn die Firma der Öffentlichkeit einen geschichtlichen Rückblick gegeben hätte, wieviel Explosionen und andere Unglücksfälle sich in dieser Fabrik im Laufe der 40 Jahre ereignet haben, wieviel Menschenleben dabei zugrunde gegangen und wieviel Arbeiter verletzt worden sind.

Schon seit 40 Jahren bestehen die Gewerkschaften. Es müßte also möglich sein, aus den Akten die gewünschten Zahlen herauszunehmen. Wer die Veröffentlichung unternimmt, macht sich verdient um die Arbeiterschaft der Pulverindustrie, denn aus den Vorgängen in der Pulverfabrik Hasloch sind wichtige Lehren zu ziehen. Wenn die Angaben außerdem Feststellungen über die Schuld an den einzelnen Explosionen und sonstigen Unglücksfällen enthalten, wäre das zu begrüßen. Ob wir auf die Erfüllung unseres Wunsches rechnen können? G. Haupt.

Literarisches.

Einführung in die Gedankenwelt Joseph Dietrichs. Von Dr. Max Apel. Verlag J. S. W. Metz Nachf., Berlin. 80 Seiten. Preis 80 Pf. Sozialdemokratische Lehr- und Lesebücher, Heft 5. Der Einführung in die Philosophie des von Marx als „unser Philosoph“ bezeichneten Arbeiterphilosophen Joseph Dietrichs gewidmet. Die Grundgedanken sind hervorgehoben und in Beziehung zu den philosophischen Fragen, namentlich zur materialistischen Weltanschauung gesetzt.

Die Wandlungen der Arbeiterbewegung. Von Dr. Fritz Schiff. Urania-Freidenker-Verlag, G. m. b. H., Jena. Mit 10 Abbildungen großformatig 1,50 Mk. in Einzeltiteln 2 Mk. Vorkursausgabe 2,75 Mk.

Politik und Bildung. Hundert Jahre Arbeiterbildung. Von Heinrich Schulz. 1931. Verlag J. S. W. Metz Nachf., G. m. b. H., Berlin. (1,60 Mk.) Was Welt und Mensch, Engels, Plehanech und vor allem Ferdinand Lassalle für die ökonomisch-politische Erziehung der Arbeiterschaft getan haben, leuchtet taghell aus den historischen Schilderungen des Genossen Schulz hervor. Eine wesentliche Seite der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie kommt in der Schulz'schen Schrift zur Darstellung. Die Sozialdemokratie erscheint in dieser Schrift als die Trägerin einer neuen großen Kulturbewegung. Von der Schrift des Genossen Schulz geht eine große merkbare Kraft aus.

Reinhold-Walden 1932. Das Wandern verleiht die Schöpfung und Herrlichkeiten der Natur, ihre Schönheit und Größe ist eine Faszination der Gedanken und ein reicher Quell der Freude. Der lebendige, von der Weltanschauung der Reinhold-Walden beeinflusste Reinhold-Walden für 1932 liegt in schönem Gewande mit 64 farbigen Illustrationen vor uns. Der Reiner ist gegen Vorkursausgabe von 1,50 Mk. möglich 30 Pf. für Porto zu beziehen vom Reinhold-Walden-Verlag (oder bei den Volksbuchhandlungen). Nürnberg, Eisenstraße 5.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Vom Baum der Erkenntnis . . .

Eine, Amtsrichters junges Dienstmädchen, saß in der Küche und weinte. Das mag im allgemeinen bei Dienstmädchen nichts Seltenes sein, aber bei Lene war es bei ihrer nunmehr dreijährigen Dienstadt bei ihrer „guten Herrschaft“ noch nicht vorgekommen.

Das schlimmste aber war dabei, daß sie nicht fogelich hätte sagen können, warum sie weinte, wenn sie jemand danach gefragt hätte.

Aber es fragte keiner, denn sie war schon seit Tagen allein; nur Leo, der große Bernhardiner, lag am Herd und blinzelte manchmal erstaunt, knurrte wohl auch, wenn seine sonst so tapfere Gefährtin im Weitauf vor Jammer „der Bock stieß“.

Was war nun geschä? Eigentlich gar nichts, worüber die Trauernde berechtigte Klage hätte führen können.

Wenn es ihr nicht gefiel, so war ihre eigene Dummheit schuld. Das sagte sie sich zum Trost selbst und trocknete ihre Tränen, fütterte den Hund, ließ ihn, entgegen dem Befehl, in der Küche zum Schlafen liegen und ging zu Bett. . .

Folgendes hatte sich ereignet: Zwei Tage vor Weihnachten sagte die Frau: „Lene, mir verzeihen morgen, treffen uns mit meinen Verwandten in St. Moritz zum Wintersport und bleiben bis nach Neujahr. Wir machen also keine Weihnachtsfeier wie sonst, aber besichert bekommen Sie natürlich.“

Das enttäuschte Gesicht des Mädchens veranlaßte sie, hinzuzufügen: „Sie könnten ja gern nach Hause reisen, wie sonst — aber wir wissen nicht wohin mit Leo, deshalb müssen Sie diesmal hierbleiben.“

Dann wurde zur Reise gerüstet, und das Mädchen machte heimlich Pläne, wie sie mit der vielen freien Zeit fertig werden wollte. Da waren noch so viele schöne Bücher im Wohnzimmer, die sie noch nicht gelesen hatte, fast die ganze Engelhorn-Bibliothek stand auf dem Tisch, und „Die hübsche Miss Neville“ hatte sie am vorigen Sonntag erst angefangen — dann malte sie sich aus, wie sie mit Leo hinausspazieren wollte, in den Wald und auf die nahen Berge, gleich frühmorgens — und in Gedanken daran ging die Arbeit fast noch schneller als sonst vorstatten.

Vor der Abreise, gegen Abend, bekam sie noch die Geschenktafel auf den weißgeschneierten Küchentisch gelegt, hatte aber nur Zeit, sie häufig zu überblicken und zu danken, denn sie mußte mit den Koffern zur Bahn, woselbst dann die Herrschaft eintraf und mit einigen guten Ratsschlägen sich von ihr verabschiedete.

Frei und voller Freude stand sie wieder vor dem Cabentisch. Wie schön der Schal — wie warm die Filzhüte, nur eilige Nummern zu groß, — und der entzückende Jumper! — Rasch wollte sie ihn vor dem Spiegel im Schlafzimmer prüfen — und — jetzt begann das Unglück — die Tür war zugeschlossen!

Erst fand sie mit offenem Mund — nach Atem ringend — dann prüfte sie zaghaft nacheinander alle Türen, zum Salon, zum Wohn-, zum Gastzimmer — immer mit dem gleichen Ergebnis. Sogar das kleine Esszimmer, wo das Telefon angebracht war und welches ihr immer als Anfechtung gedient hatte, weil es neben der Küche lag, war verschlossen.

Alle Freude war einem großen Schrecken gewichen. Was blieb ihr nun von ihren Plänen? Was von den Büchern, dem Postersaal am Ausblicksfenster und all den Dingen, die ihr seit Jahren anvertraut waren?

„Ich muß meine Fenster putzen“ oder „Unsere Teppiche müssen wieder mal auf den Hof“, so zu sagen und danach zu handeln, hatte sie sich seit Jahren angewöhnt, und heute und die folgenden Tage mußte sie erkennen, daß ihr nichts gehörte — nichts, bloß die Kammer unter dem Dach, in die es durchs Fenster schneite, die nicht einmal ein Schloß an der Tür hatte, sondern von außen mit einem hölzernen Riegel verschlossen, von innen aber zugehakt werden mußte.

„Sie sind ja mit in der Wohnung“, hatte die Frau Amtsrichter gesagt, denn die Treppe zum Oberboden ging vom Vorfall aus; nie hatte Lene ein Mißtrauen gehabt gegen ihre Herrschaft und ein Schloß an die Tür verlangt. Und mit dem hübschen Schnee auf dem Bett hatte sie sich lachend abgefunden, denn sonst hätte sie's ja so gut!

„Aun kann ihr langsam zum Bewußtsein, daß man nur nett zu ihr gewesen war, weil und wenn man sie bräusche!“, riefen und flüchelten im Stillsitzen, bei denen sie ihre nun keine Einkäufe machte, kammten das ernste Mädel mit dem abwesenden Gesicht kaum wieder.

„Sie hat gewiß zuwenig zu Weihnachten bekommen“, meinte die Wäckerstran.

„Nun, Liebeskammer?“ fragte jovial der dicke Fleischer, als Lene auf seine Spitze nicht reagierte.

„Das Alleinsein bekommt ihr nicht. Ja, Arbeit macht das Leben süß!“ so orakelte die Gastwirtin nebenan.

Und ein wenig stimmte das. Denn sogar den Koch mit gewissen Strapazen und kaputtier Wäsche, die sie während der zwei Wochen ausbessern sollte, war im Schrankzimmer eingeschlossen, was Lene teils schadenfroh, teils gelangweilt feststellte.

Die Tage vergingen. Ja ihr wuchs ein böses Gefühl, riesengroß und verdrängte sich von Tag zu Tag mehr; so, wenn sie, am Küchenfenster sitzend, nur die gegenüberliegende Mauer sah, oder wenn sie frustend, weil der Herd nicht heizte, bei der Küchenwandlumpen das Feinschneidmesser las.

Manchmal wurde sie durch das schrillende Telefon erschreckt und wieder an ihre Schwande erinnert. „Jugendschloß!“

Ja, als Schwande empfand sie das alles. Was mochte man ihr Schicksal bringen, daß man alles vor ihr verschloß?

Eines Abends kam Post, eine lustige Anzeigekarte aus St. Moritz: „Wir sind sehr vergnügt und übermorgen kommen wir heim. Holen Sie die Schlüssel von Frau Apotheker, machen Sie alles recht sauber und heizen Sie gut — wir freuen sich.“

„Ja“ — war alles, was das Mädchen zornig hervorrief. Das schien ihr das größte zu sein, daß noch mehr Leute wußten, daß sie eingesperrt worden war. Aber das machten sie wohl alle so?

„Anfangs wollte sie nicht gehorchen, wollte so tun, als hätte sie keine Arbeit erhalten. Später hat sie sich hinein anständig gemacht. . .“ — „Wann ist es so lange nicht in die Zimmer gehen durfte, will ich es auch jetzt nicht.“

Aber schließlich sagte sie sich doch dem Gebot aus der Ferne. Verschlossen und eruß nahm sie dann im Bahnhofs das Gepäck ab, zeigte auch keine Freude über die mitgebrachten Kofferstücke. Als sie Vorwärts eilte, weil im Schlafzimmer die gepackten Wäscheberge verschwunden waren, verdrängte sie sich nur rasch. Wenn sie gehabt hätte, daß die abgehenden würden, hätte ich sie nicht gefreit.“

Abends vor dem Schlafengehen besprachen sich die Herrschaften.

„Die ist ja gut angehegt worden“, sagte der Herr.

„Das glaube ich nicht“, meinte sie, „sie geht ja nirgend hin. Aber wir haben ihren Stolz gekränkt.“

„Ach gar! Stolz? Bei so nem Dienstmädel auch noch Stolz?“

braute der Herr Aufseher auf.

Aber nie wieder wurde es so, wie es gewesen war, alle bessere Untertänigkeit Lenes war einer stillen Korrektheit gewichen, kleine Vertraulichkeiten zwischen der Frau und dem Mädchen waren fort, und bald ging Lene fort. Das verlorene Paradies ihrer Mission suchte sie gar nirgend mehr, denn davor stand der Engel mit dem Schwert, das Klagenbewußtsein ließ.

Dafür nahm sie in allen künftigen Stellungen ihre Rechte wahr, sicherte sich einen anständigen Raum und eine bestimmte Arbeitszeit, ohne sich zu verlassen auf Liebe und Güte, weil sie in keinem Dienstvertrag enthalten sind.

So war der Weihnachtsbaum, der ihr nicht angezündet worden war, so recht der Baum der Erkenntnis für sie geworden. Martha Schlag.

Merkwürdige Duellgeschichte.

Von Karl Federn.

Zur Zeit, als Danzig nach 1807 ein Freistaat unter französischem Schutz mit einem französischen Gouverneur war, ereignete sich dort ein Vorfall, der, possenhaft beginnend, zur Tragödie wurde. Der Kapitän eines Infanterieregiments, Antoine Robertin, hatte 1500 Frank rückständigen Soldes ausgezahlt bekommen und wollte eben damit nach seinem Quartier gehen, als er, auf die Uhr sehend, bemerkte, daß es zu spät dazu war, da er für diese Nacht die Wache kommandierte und gerade nicht mehr zurecht gekommen wäre. Auf dem Wege nach dem Wachkommando traf er einen jungen Leutnant seiner Kompanie namens Marcel, der eben nach Hause ging. Sie waren in der gleichen Gasse einquartiert und so übergab ihm der Kapitän das Geld und bat ihn, es im Vorübergehen bei seiner Frau abzugeben.

Der Leutnant übernahm es; er sah die Frau seines Hauptmanns nicht ungern und kam fogelich, noch ehe er den Auftrag bestell hatte, ins Plaudern mit i. c. Er machte der hübschen Frau den Hof, das Gespräch wurde lebhaft und angeregt, die Dame war kokett, der Leutnant wurde unternehmend. Aber da wies sie ihn zurück. Er schwor, daß er sie liebte und gerade nur sie, und für einen Augenblick des Glücks alles geben würde, sein Leben und was, wie er mit frecher Geistesgegenwart entdeckte, ihm gerade zur Verfügung stand: „Hier habe ich den Sold eines ganzen Jahres, eben bekommen, hier, alles gehört Ihnen. . .“



Der Kapitän war ein sparsamer Mann und weder ein Lebenswärtiger, noch ein freigebiger Gatte; seine Frau war in beständigen Toilettebesorgen und sahle mit dem ganzen Schmerz einer hübschen Person, hinter den anderen Offiziersfrauen zurückstehen zu müssen: Seidenkleider, Hüte, Bänder, Spitzen tanzten ihr vor den Augen, als sie den Beutel mit Goldstücken sah, und der Leutnant sah das Aufleuchten darin, er wurde noch leidenschaftlicher, und . . . die Dame gab nach.

Am anderen Morgen, als der Kapitän von der Wache kam, begegnete er in der Straße, in der beide wohnten, dem Leutnant, der, fast ohne ihn zu sehen, ein Mädchen vor sich hintrallerte, vergnügt zur Kaserne ging. Schlecht gelangt und übermüdet, ersuchte ihn der Kapitän, etwas bessere Haltung zu wahren. Ein Häufel des Leutnants, während er sich dienstlich anrichtete, ärgerte ihn noch mehr.

„Haben Sie die neue Gewehrinstruktion den Unteroffizieren schon ausgeschrieben?“ fragte er.

„Noch nicht“, antwortete der Leutnant. — „Wann nicht?“ — „Es fehlte an der Zeit.“ — „Sie scheinen sich hier zu gut zu unterhalten. Ich werde Ihnen die nötige Zeit verschaffen. Sie haben vierzehn Tage?“ — „Aerarr!“

Der Leutnant verbogte sich und ging, wieder lächelnd, so daß der Kapitän erst recht in Wut geriet. Mit zornigem Gesicht und drohenden Schritten trat er zu seiner Frau in die Stube.

„Guten Morgen, was hast du denn?“ fragte diese.

„Der wird mich kennenlernen!“ sagte er, ohne sie zu hören.

„Wer denn . . .?“

„Der Leutnant Marcel! Vorläufig habe ich ihm vierzehn Tage Arrest gegeben.“

„Wann denn? Was hat er denn getan?“

Der Kapitän hörte nicht auf sie; plötzlich drehte er sich zu ihr um: „Wo sind die fünfzehnhundert Frank?“ rief er.



„Wie? Was . . .?“ stammelte bleich vor Schrecken die Frau. „Die fünfzehnhundert Frank will ich haben“, brüllte der Hauptmann.

„Ich . . . weiß nicht . . . was du meinst. . .“

„Hat er dir das Geld gegeben? Ja oder nein?“

„Da ist es . . . ! Nimm es!“ rief die Frau, auf die Knie sinkend: „Gnade, verzeih mir, ich mußte nicht, was ich tat . . . ich war verückt . . . es war Schwäche . . .“

„Was?! Was?!“

„Aber so ein infamer Schuft, daß er es dir selbst sagt . . .“

„Was denn . . .?“ stotterte der Kapitän seinerseits, dem die Lage allmählich klar wurde. Die Frau gestand alles, um Verzehrung zu erhalten.

„Dieser Hund!“ schrie der Kapitän.

„Er soll sterben!“ rief die Frau.

„Das werde ich besorgen, und dann werde ich mit dir abrechnen!“ sagte der Kapitän, kehrte zur Kaserne zurück und schickte dem Leutnant seine Zeugen. Eine Stunde später stand sie in der Reitschule der Kaserne einander gegenüber, und wenige Minuten darauf war der Kapitän Robertin tot.

200 000 Neger bedrohen Newyork.

Das Rassenproblem in den Vereinigten Staaten Amerikas.

Von Colon.

Die Negerfrage ist zu einem der schwierigsten und wichtigsten Probleme der Vereinigten Staaten von Amerika geworden, nachdem man im Weißen Haus dieser immer mehr akut werdenden Frage länger das regste Interesse gemeldet hat, ohne bisher eine Lösung finden zu können. In den USA gibt es etwa elf Millionen Neger, und davon leben in Newyork allein 200 000, die sich meistens in Harlem, einer fast sich abgeschlossenen Stadt im nördlichen Manhattan, angesiedelt haben. Nachdem schon die Frage der Sklaverei den schrecklichen Bürgerkrieg von 1861—1865 hervorgerufen hatte, bei dem die Neger einen großen Sieg errangen, als die Sklaverei abgeschafft wurde, wurden die Folgen des Krieges zu einer der verhängnisvollsten politischen und kulturellen Sorgen der Washingtoner Regierung. Die besonders nach dem Weltkrieg einsetzende rassenbewusste Organisation der Negerbewegung, die ihren politischen — ohne Zweifel bedrohlichen — Höhepunkt im Negerkongress fand, der im Jahre 1920 in Newyork abgehalten wurde, fand damals ein ungeheures Echo in allen kultivierten Ländern der Erde. Aber schon damals gab es in Newyork große Krawalle und Manifestationen der weißen Bevölkerung, die sich zur Zeit des Kongresses von ihren schwarzen Mitbürgern vollkommen blockiert fühlte und wohl zum ersten Male in der stummen, bitteren Duldsamkeit der Schwarzen die große Gefahr erkennen mußte.

Seit einiger Zeit haben die Neger in Amerika völlige Gleichberechtigung mit den Weißen erlangt. Diese Anerkennung ist jedoch rein äußerlich, und es wird niemals einem Amerikaner einfallen, einen Neger sich gleich zu achten. Der völkische Hochmut des echten Yankee geht viel weiter, als ein Europäer es sich überhaupt denken kann, und die beleidigende und verachtungsvolle Atmosphäre, die der Amerikaner dem schwarzen Mitbürger gegenüber geschaffen hat, ließ die Neger erst zur Volksgemeinschaft erstehen.

Es gibt heute in den Staaten keine Gesellschaft, in der ein Neger geduldet wird, und die Neger sind in gesellschaftlicher wie auch in kultureller Hinsicht vollkommen auf sich angewiesen. So haben sie sich vollkommen in Städte blockiert, in Newyork in Harlem, der Negerstadt, die von den Weißen gemieden wird. Harlem, der nördlichste Teil von Manhattan, bietet für den oberflächlichen Besucher keine besonderen Reize. Es sind breite und schöne Straßen, sauberer gehalten als beispielsweise die Straßen im Ostviertel, wo die Italiener und die übrigen südlichen, europäischen Völker anässig sind. Ich sprach in der Gesellschaft eines der ersten Newyorker Bankiers einmal einen Neger mit dem Gesicht eines ägyptischen Königs. Er war zu der rauschenden Festlichkeit als Dekorationsstück eingeladen worden, stand aber nun inmitten des Trubels gemieden und verlassen in einer Ecke des Saales. Ich versuchte mit ihm in ein Gespräch zu kommen, und es war Yale Dayton, der berühmte „Negerprofessor“, der an der Columbia-Universität über Theologie spricht. Es war sehr schwer, mit diesem jungen, verbitterten, melancholischen Menschen vertraut zu werden. Wir waren viele Abende zusammen, und ich werde es nie vergessen, wie er nach einer Nacht, in der er nichts gesagt hatte als geschwiegen, im Morgengrauen plötzlich zu reden begann mit einer leisen, ungemein klangvollen Stimme, die von der Not der Rasse sprach, die so einsam sei und die man so in Einsamkeit dränge, daß sie sterben müsse, wenn man ihr nicht helfe.

Aber man hilft ihr: Seit die „schwarze Volksgemeinschaft“, die 1920 nach dem Newyorker Kongress in Aktion getreten ist und der nunmehr neun Millionen amerikanischer Neger angehören, ihre Tätigkeit begonnen hat — eine Tätigkeit, von der die amerikanische Regierung nichts weiß als die äußeren Zeichen einer großartigen und unheimlichen Organisation —, beginnen die Neger ihr eigenes Leben zu leben, ihr Selbstbewußtsein wiederzugewinnen. Und es mag gesagt werden, daß es geradezu unheimlich und furchterregend wirkt: diese stumme Dienstfertigkeit und Ergebenheit des Schwarzen dem Weißen gegenüber.

Die Negerkultur erobert sich allmählich den Broadway. In Harlem selbst, wo es päugig aussieht, das Straßenleben zu beobachten, wenn die Neger, aber besonders die Negermädchen, die Marys und die Annis, sich bemühen, so weiß wie möglich auszusehen, hat man Volksschulen gegründet, auf dem Broadway aber Theater, und die größte Erschütterung, die mir ein Bühnenwerk in fremder Sprache je bestrahlt, habe ich bei „Dorgo“ erlebt, dem Stück, bei dem zwei Reihen vor mir Roßi sah (anlässlich seines amerikanischen Gastspiels) und wie ein Schloßhund heulte.

Und nun kommt die Nachricht von den blutigen Kämpfen in Harlem. Der Anlaß war, daß ein Neger, der einen Diebstahl in der Bronx begangen haben sollte, von der Polizei verfolgt wurde und sich nach Harlem rettete. Als die Polizei den Schwarzen auch hier suchte, stellten sich ihm die Neger geschlossen gegenüber, und am letzten Sonntag, nachdem die Polizei fünf Stunden lang das Haus, in dem sich der Schwarze verborgen, belagert hatte, kam es zu einem plötzlichen Überfall, an dem sich 2500 Neger beteiligten. Die heulende und johlende Menge der ohne Zweifel organisierten Neger schlug die 150 Polizisten maßlos in die Flucht, wobei, wie bisher bekannt wurde, ein Polizist und ein Schwarzer getötet und eine große Anzahl verletzt wurden. Polizeiverstärkungen bis zu 2000 Mann konnten nichts gegen die Neger ausrichten, deren militärisch organisierte Abteilungen sich immer mehr verstärkten. Erst als die Newyorker Fernwehr mit 48 Zügen anrückte und mit Wasserstrahlmaschinen die Menge bearbeitete, konnte die Ruhe notwendig wiederhergestellt werden. Dies aber nur, weil ein sofort ausgegebenes Kommando der Negerführer die Wiederherstellung der Ruhe befahl. Obgleich noch immer scharfe Polizeipatrouillen in Harlem streifen, ist die Stadt selbst wie ausgestorben und wirkt in ihrer Ruhe unheimlicher als in ihren Sturmestagen.

Das Rassenproblem in Amerika ist akut, und eine der bedeutendsten Handlungen des Präsidenten wird sein müssen, eine Änderung der bestehenden Gesetze herbeizuführen, denn die amerikanische große Presse weiß immer mehr auf die 200 000 Neger hin, die Newyork bedrohen. Der Ausbruch der Volkswut hat gelehrt, daß hinter den ergebenden und demütigen Mienen der Schwarzen ganz andere Gefühle den Weißen gegenüber stecken.